



# MITTEILUNGEN

Nummer 5 – Dezember 2007

## AUS DEM INHALT

- ↳ Kommunalen Finanzausgleich  
2008
- ↳ KVB und Landkreistag  
unterzeichnen Kooperation
- ↳ Vertrag von Lissabon

**BAYERISCHER LANDKREISTAG**

**Grußwort**

Grußwort zum Jahreswechsel 3

**Wirtschaft und Finanzen**

Kommunaler Finanzausgleich 2008 4  
 Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung 5  
 Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum Finanzausgleich 9  
 Existenzgründerpakt Bayern 10

**Jugend und Soziales**

Bayerischer Landkreistag auf der ConSozial 2007 in Nürnberg 10  
 KVB und Landkreistag unterzeichnen Kooperation 10

**Innovation**

Geobasisdaten für alle Landkreise Bayerns 14  
 Bayerischer Energiepreis 2008 14  
 Rechtliche Grundlagen für die kommunale Doppik ergänzt 15

**Aus den Landkreisen**

Landkreis Cham erhält Integrationspreis „JobErfolg“ 16  
 Landkreis Straubing-Bogen verleiht Ausbildungspreise 2007 17  
 Hohe Auszeichnung für Landrat Theo Zellner durch den Deutschen Olympischen Sportbund 17  
 Projekt „Demographische Entwicklung aktiv gestalten“ 17  
 Neues Energieportal im Internet 18  
 Landkreis Cham als Leader-Region 19

**Deutscher Landkreistag**

Kommunen als Einheitliche Ansprechpartner für in- und ausländische Dienstleister 20  
 Referentenentwurf Erneuerbare Energien im Strombereich 20  
 Deutsch-französisch-polnische Kommunalkonferenz in Warschau 21  
 Landkreise engagieren sich gegen Fremdenfeindlichkeit 21

**Europa**

Vertrag von Lissabon 22  
 EU-Kommission präsentiert Arbeitsprogramm für 2008 24

**Veranstaltungen**

Tagung „Alter und Kultur“ im April 2008 in Nürnberg 24

**Personalien**

**Impressum:**

Herausgeber und Verlag:  
 Bayerischer Landkreistag  
 Körperschaft des öffentlichen Rechts  
 Kardinal-Döpfner-Straße 8  
 80333 München

Postfachadresse:  
 Postfach 34 02 63  
 80099 München

Telefon (0 89) 28 66 15 - 0  
 Telefax (0 89) 28 28 21  
 Internet: [www.bay-landkreistag.de](http://www.bay-landkreistag.de)  
 e-mail: [info@bay-landkreistag.de](mailto:info@bay-landkreistag.de)

Für den Inhalt verantwortlich:  
 Johannes Reile  
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
 des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:  
 Druckhaus Deutsch GmbH  
 Machtlfinger Straße 21  
 81379 München

Die Mitteilungen wurden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

# Grußwort zum Jahreswechsel

von Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Kürzlich wurde das Wort „Klimakatastrophe“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2007 gekürt, da es die öffentliche Diskussion des letzten Jahres besonders bestimmt hat und prägnant die bedenkliche Entwicklung des Klimawandels zeigt. Darüber hinaus wurde am 10. Dezember der Kampf gegen den Klimaschutz mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Die bayerischen Landrätinnen und Landräte fühlen sich bestätigt: Nicht umsonst ist der Bayerische Landkreistag als dritter Partner – nach dem Bund Naturschutz in Bayern und den beiden großen christlichen Kirchen – im Mai 2007 der **Bayerischen Klima-Allianz** beigetreten. Denn nach dem gegenwärtigen Stand der Forschungen müssen wir davon ausgehen, dass die Klimaänderung schneller und radikaler vorstatten geht als je in der Erdgeschichte. Betroffen ist jeder Mensch auf diesem Planeten und jeder kann etwas dagegen tun. Klimaschutz ist eine globale Notwendigkeit, lokal sind die Lösungen.

Die Mitgliedschaft des Bayerischen Landkreistags bei der bayerischen Klima-Allianz ist Symbol und Auftrag zugleich zu einer **nachhaltigen Kommunalentwicklung** und zur Solidarität der jetzt lebenden Generation für zukünftige Generationen. Schon früher haben sich die Landkreise für den Klima- und Umweltschutz, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien/nachwachsenden Rohstoffe engagiert und daraus sogar Nutzen für die Land- und Forstwirtschaft gezogen, sowie Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Nun werden wir alles daran setzen, die kommunale Selbstverwaltung auf Kreisebene zu weiteren Maßnahmen im Klimaschutz zu motivieren, den Landkreisen Richtlinien und Empfehlungen für den nachhaltigen Klimaschutz zur Verfügung zu stellen und den Erfahrungsaustausch mit Best-Practice-Beispielen zu unterstützen. Ich freue mich daher besonders, dass die Mitgliederzahl der Klima-Allianz im Jahr 2008 aller Voraussicht nach wei-



Theo Zellner

ter wachsen wird. Unser Einsatz für den Klimaschutz zeigt, dass die bayerischen Landrätinnen und Landräte die Probleme der Zeit erkennen und auch bereit sind, an Lösungen mitzuarbeiten.

Als eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe sieht der Bayerische Landkreistag die **Sozial- und Jugendhilfe im ländlichen Raum**, die gleichzeitig auch an die Demographieproblematik gekoppelt ist. Während des diesjährigen Landräteseminars haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte ein sozialpolitisches **Eckpunktepapier** entwickelt. Die bayerischen Landkreise streben eine generationenübergreifende Familienpolitik an: erfolgreiche Eingliederung der Jugendlichen in die Erwerbs- und Erwachsenenwelt, Frühwarnsysteme für vermehrt auftretende Kindeswohlgefährdungen und Seniorenpolitik als sozialpolitischer Schwerpunkt.

Will man alte und hilfsbedürftige Menschen unterstützen, so muss die rechtliche Zuständigkeit geklärt und die notwendige Finanzausstattung gegeben sein. Aber gerade hier sind die Probleme noch nicht gelöst. Bereits seit 2006 setzt sich der Bayerische Landkreistag gemeinsam

mit dem Bayerischen Städtetag dafür ein, dass die **Altenhilfe und die Hilfe zur Pflege** umfassend auf die Landkreise/Städte verlagert wird. Die aus dem medizinischen Fortschritt resultierende längere Lebenserwartung der Menschen und die sich verändernden Gesellschafts- und Familienstrukturen erfordern den Ausbau ambulanter Betreuungsformen. Um die bisherigen Verschiebebahnhöfe auszuschalten, ist es sinnvoll, ambulante Leistungen, die bisher von den örtlichen Behörden erbracht werden, und stationäre, die bisher in der Zuständigkeit der Bezirke liegen, zu verzahnen. Wegen der größeren Ortsnähe müssen die flexiblen und ortsnahen Angebote für alte Menschen in einer Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegen. Das Landratsamt oder das Rathaus sind für pflegebedürftige Menschen schneller zu erreichen als die Verwaltungen der Bezirke.

Zu einem attraktiven Lebensumfeld im ländlichen Raum gehört auch die **optimale medizinische Versorgung**. Auch wenn die wohnortnahe Versorgung in Bayern in der Vergangenheit immer groß geschrieben wurde, ist diese doch unmittelbar durch aktuelle Entwicklungen bedroht. Die Krankenhäuser sind von den Kostenzuwächsen wie dem Sanierungsbeitrag im Rahmen des Wettbewerbsstärkungsgesetzes, den Tarifabschlüssen mit dem Marburger Bund und den gestiegenen Energiepreisen unmittelbar betroffen. Leider berühren diese Veränderungen auch die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten. Häufig schließen viele Hausarztpraxen in ländlichen Regionen, da sich dort junge Ärzte kaum noch niederlassen. Um den bereits jetzt sichtbaren Abwanderungstendenzen zu begegnen, haben sich die **Kassenärztliche Vereinigung Bayern** und der Bayerische Landkreistag zu einer **gemeinsamen Kooperationsvereinbarung** entschlossen. Ziele sind insbesondere die Gewährleistung einer qualitäts- und patientenorientierten Versorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen, die Qualitätssteigerung der Versorgung unter Berücksichtigung des

medizinischen Fortschritts, eine bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Versorgungsangebots und die Förderung des ärztlichen Nachwuchses. Wir hoffen, dass wir so auch in Zukunft eine ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum auch in Zukunft sicherstellen können. Sich dafür anzustrengen wird sich lohnen.

Als besonders erfreulich zeigt sich die Entwicklung der **Steuerinnahmen** bei den Gemeinden in den Jahren 2006 und 2007. Vor allem hat sich der Zuwachs bei der Einkommensteuer 2006 in 2007 fortgesetzt. Dies wirkt sich auf die Umlagekraft 2008 und 2009 sehr positiv aus. Auch der **kommunale Finanzausgleich 2008** bringt nach schwierigen Verhandlungen einen deutlichen Anstieg der Schlüsselzuweisungen; das hilft den Landkreisen und den finanzschwachen Gemeinden. Durch die Anhebung des kommunalen Anteils an der Kraftfahrzeugsteuer konnten u.a. die Kreisstraßenpauschalen erneut angehoben werden. Die zu erwartende Senkung der Bezirksumlagesätze in einigen Bezirken, die Anhebung der Fördermittel für Krankenhausbau- und Schulbaumaßnahmen und die verbesserte Ausstattung des Belastungsausgleichs zu Hartz IV lassen in Verbindung mit dem Anstieg der Umlagekraft 2008 erwarten, dass sich die Finanzsituation der Landkreise 2008 erneut verbessert.

Zu hoffen bleibt, dass das Ende 2007 vorgelegte **Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich (FAG) in Bayern** sowie das **Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum FAG** im nächsten Jahr

die Grundlage für eine Stärkung der Finanzhoheit der Kommunen und damit des Selbstverwaltungsrechts genutzt werden.

Für das neue Jahr wünschen wir uns im **Schulbereich** ein stärkeres Engagement des Freistaats Bayern, der aus der Sicht der Landkreise weit hinter seinen finanziellen Möglichkeiten zurückbleibt. Auch wenn zwischenzeitlich ein breiter politischer und pädagogischer Konsens für **Ganztagschulen** in allen Schularten vorliegt, so sind doch insbesondere im Bereich der Realschulen und der Gymnasien die staatlichen Finanzmittel noch nicht ausgeschöpft. Das Angebot der offenen Ganztagschule mit einer reduzierten staatlichen Kostenbeteiligung ist in finanzieller Hinsicht nur eine Notlösung. Erforderlich ist vielmehr auch ein vergrößertes Angebot der gebundenen Ganztagschule, bei dem der Staat den gesamten Personalaufwand trägt.

Ebenso unbefriedigend verlief die politische und finanzielle Entwicklung im Bereich des **Büchergelds**. Zwar begrüßen die Landkreise im Grundsatz die Abschaffung des Büchergelds, doch bleibt ein Wermutstropfen, da im laufenden Schuljahr bei etlichen Landkreisen erhebliche Defizite entstehen. Sie abzubauen wird nicht leicht sein. Mit der neuen Gesetzesregelung, die noch ausverhandelt werden muss, müssen die Sachaufwandsträger jedenfalls deutlich entlastet werden.

Alle Jahre wieder erwähne ich - nicht nur an dieser Stelle - die von uns geforderte **Kommunalslerung des staatlichen Personals der Landratsämter**. Wir warten nunmehr schon seit über sieben Jahren.

Die Angelegenheit ist mehr als entscheidungsreif. Eine endgültige Entscheidung, hoffentlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und zu Gunsten einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung, ist nicht zu viel verlangt.

Zusammengefasst möchte ich feststellen:

Mit dem Jahr 2007 können wir zufrieden sein. Wir haben für die Landkreise in schwierigen Finanzausgleichsverhandlungen einen deutlichen Anstieg der Schlüsselzuweisungen erreicht; außerdem hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung den Landkreisen einen Anspruch abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates zugebilligt, was diesen ermöglicht, von der guten staatlichen Haushaltslage zu profitieren.

Der Bayerische Landkreistag hat eine **Vorreiter-Rolle** übernommen: Frühzeitig haben wir uns der Klima-Allianz angeschlossen, deren Mitgliederzahl immer mehr wächst. Auch haben wir erste, wichtige Marksteine für die sozialpolitische Entwicklung im ländlichen Raum gesetzt. Wir werden diese fortentwickeln, damit das wahr bleibt, was wir fordern: Der ländliche Raum muss ein den städtischen Ballungsräumen gleichwertiger Lebens- und Arbeitsraum sein.

Das neue Jahr 2008 wird uns Änderungen bringen. Ich denke hier an die Kommunalwahl im März 2008 und die Landtagswahl im September 2008. Wir werden uns darauf einstellen und versuchen, das Beste für die bayerischen Landkreise und die kommunale Selbstverwaltung in Bayern zu erreichen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

## Kommunaler Finanzausgleich 2008

### Landkreistagspräsident Zellner: „Wichtigste Ziele erreicht“

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Erwin Huber, führte mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände am 29. November 2007 das traditionelle **Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2008**. Der Bayerische Landkreistag war durch

den Präsidenten, Landrat Theo Zellner, Cham, und den Vorsitzenden des Ausschusses für Finanz- und Sparkassenfragen, Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel, Bayreuth, vertreten. Am Gespräch nahmen u.a. Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Erster Bürgermeister Dr.

Uwe Brandl, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, der Staatsminister des Innern Joachim Herrmann und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag Manfred Ach sowie Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschoen teil.

Über die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs 2008 konnten die kommunalen Spitzenverbände nach mehrstündigen und schwierigen Verhandlungen **wichtige Ziele durchsetzen**: Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2008 erhöhen sich gegenüber 2007 um 651,7 Mio. Euro auf 6.171,1 Mio. Euro. Dies entspricht einem Wachstum von 11,8 %, das damit um mehr als 6 % über dem angestrebten Wachstum des Staatshaushalts (ca. 5 %) liegt. „Auch wenn das Verhandlungsergebnis nicht alle Erwartungen erfüllt, können die Landkreise mit dem Ergebnis zufrieden sein. Unsere Hauptziele sind jedenfalls erreicht worden“. Dies ist das Fazit von Landkreistagspräsident Theo Zellner.

Im Einzelnen konnte erreicht werden:

**1. Strukturelle Änderungen;**

**Entwicklung der Steuerverbünde:**  
Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund verbleibt bei 11,7 %. Die Mehreinnahmen beim allgemeinen Steuerverbund von 380,1 Mio. Euro werden zur **Erhöhung der Schlüsselzuweisungen** in Höhe von **280,7 Mio. Euro** (+ 13 %) verwendet, **wovon die Landkreise 101 Mio. Euro erhalten**. Dies dient insbesondere der Stärkung der Verwaltungshaushalte finanzschwacher Kommunen. Im Übrigen werden die Mehreinnahmen zur Stärkung der Hochbauförderung, des Art. 15 FAG sowie zur Unterstützung der Verwaltungsschule verwendet.

Die Schlüsselmasse steigt somit von 2.156,9 Mio. Euro um 280,7 Mio. Euro (+ 13 %) auf 2.437,6 Mio. Euro an. Für Landkreisschlüsselzuweisungen stehen 2008 nach gegenwärtigem Sachstand 877,5 Mio. Euro und damit 101 Mio. Euro mehr als 2007 zur Verfügung. Der Grundbetrag 2008 für die Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen wird durch den Anstieg der Schlüsselmasse und der Umlagekraft nach unseren überschlägigen Berechnungen voraussichtlich von 418,22 in 2007 auf 460 Euro ansteigen. Nicht überblickt werden können gegenwärtig die Entwicklung des Sozialhilfeansatzes und die Einnahmen der Landkreise aus dem Grunderwerbsteuerverbund

im Rahmen der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen. Mit der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen 2008 kann erst Ende Dezember 2007 gerechnet werden.

Der **Kraftfahrzeugsteuerverbund** wird nach zähen Verhandlungen von 42,83 % auf **50 % angehoben**. Die Anhebung bringt 108 Mio. Euro Mehreinnahmen für die Kommunen in Bayern und war Schwerpunkt bei den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2008.

Die Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuerüberlassung werden wie folgt verwendet:

	HH 2007 in Mio. €	HH 2008 in Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mio. €	in %
Straßenbau	214,0	246,0	32,0	15,0
Kommunale Umgehungsstraßen	17,9	17,9		
Abwasserförderung	121,3	141,3	20,0	16,5
ÖPNV-Gesetz-Festbetrag	51,3	51,3		
ÖPNV-Investitionsförderung	71,5	71,5		
Sozialhilfeausgleich	182,1	233,0	50,9	28,0
Gesamt	658,0	761,0	103,0	15,7

Kreisstraßenpauschalen werden 2008 gegenüber 2007 um 11 % aufgestockt. Für jeden

1. km je 1000 EW =	590 €	660 €
2. km je 1000 EW =	2.610 €	2.900 €
3. km je 1000 EW =	3.500 €	3.890 €
4. km je 1000 EW =	4.930 €	5.450 €

**2. Stärkung der Investitionsfördermittel:**

Die Investitionsmittel steigen gegenüber dem Vorjahr um 102,7 Mio. Euro an. Im Einzelnen:

Schulhausbau:	+ 25,6 Mio. € auf 215 Mio. €
Straßenbau und -unterhalt:	+ 32,1 Mio. € auf 246 Mio. €
Abwasserförderung:	+ 20,0 Mio. € auf 141 Mio. €
Krankenhausfinanzierung:	+ 25,0 Mio. € auf 477,6 Mio. €

**3. Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs für die Bezirke und Änderung des Verteilungsschlüssels**

Der Sozialhilfeausgleich zu Gunsten der Bezirke wird um 15 Mio. € auf 580 Mio. Euro angehoben. Gleichzeitig wird der Verteilungsschlüssel geändert, wodurch die meisten Bezirke 2008 erneut die Bezirksumlagesätze – zum Teil deutlich – senken können.

Die Bezirke rechnen im kommenden Jahr mit einem Zuwachs ihrer Ausgaben bei etwas gebremsten Fallzahlsteigerungen in der Eingliederungshilfe und bei der Hilfe zur Pflege von rund 50 bis 60 Mio. Euro. Durch die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe durch die Bezirke kommen mehr als 80 Mio. Euro an Aufwendungen hinzu. Dem steht eine deutlich gestiegene Bezirksumlagekraft 2008 gegenüber (+ 11,1 %), die jedoch regional einer nicht unerheblichen Spreizung unterliegt (zwischen 6,6 % und 15,7 %).

Die Bezirksumlagesätze in den einzelnen Bezirken werden sich nach Presseveröffentlichungen wie folgt entwickeln:

Bezirk	Bezirksumlagesätze in v.H.					Veränderung gegenüber 2007	
	2004	2005	2006	2007	2008*	Umlagesatz*	Umlagekraft
Oberbayern	23,55	26,00	21,80	19,80	ca. 18,8	- 1,0	+ 12,1
Niederbayern	23,00	24,50	19,90	17,40	ca. 16,9	- 0,5	+ 7,5
Oberpfalz	23,40	23,40	18,90	17,90	ca. 14,7	- 3,2	+ 7,8
Oberfranken	23,60	25,10	20,80	17,00	14,0	- 3,0	+ 9,9
Mittelfranken	26,65	25,55	21,30	19,90	ca. 19,9	-	+ 13,9
Unterfranken	21,95	21,95	18,45	16,70	ca. 16,2	- 0,5	+ 15,7
Schwaben	26,30	28,10	23,80	21,40	ca. 19,4	- 2,0	+ 6,6
<b>Durchschnitt</b>	<b>24,14</b>	<b>25,42</b>	<b>21,22</b>	<b>19,17</b>	<b>ca. 18,0</b>	<b>- 1,17</b>	<b>+ 11,1</b>

\* erste Informationen ohne Gewähr

Beim Finanzausgleich 2008 wird der Art. 15 FAG nach einer Ausgabenkomponente und einer Bevölkerungskomponente verteilt. Die Bevölkerungskomponente berechnet sich ab 2008 nach der Anzahl der alten Menschen je Bezirk, der Anzahl der behinderten Menschen je Bezirk, der Anzahl der Pflegefälle je Bezirk und der Anzahl der Schüler in den Bezirksschulen. Die Anzahl der Ausländer je Bezirk ist 2008 dem Schlüssel entnommen worden, da diese Aufgabe ab 2006 auf die örtlichen Träger verlagert wurde. Die Bevölkerungskomponente, die in Art. 15 Abs. 2 Nr. 5 FAG enthalten ist, wurde im Jahr 2004 bei der Verteilung der Mittel gem. Art. 15 FAG mit 30 %, 2005 mit 50 %, 2006 mit 60 % und seit 2007 mit 70 % angesetzt.

Seitens des Finanzministeriums wurde in den Finanzausgleichsgesprächen vorgetragen, dass der gegenwärtige Verteilungsschlüssel nach Art. 15 FAG stark umstritten sei. Deshalb hat das Finanzministerium vorgeschlagen, die bisherigen Verteilungskriterien zu verändern. Folgende Komponenten sind davon betroffen:

- Der Ansatz für allgemeine Einwohner wird von 0,2 auf 0,3 aufgestockt;
- der Ansatz für Ausländer entfällt
- der durchschnittliche Umlagekraft-Ansatz wird von 20 % auf 18 % gesenkt;
- der Ausgleichssatz von 65 % auf 75 % angehoben.

Die Ausgleichsleistungen nach Art. 15 FAG an die einzelnen Bezirke haben sich seit 2003 wie folgt entwickelt:

Bezirk	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003/2008
	100 % Ausg. Anteil	70 % Ausg. Anteil	50 % Ausg. Anteil	40 % Ausg. Anteil	30 % Ausg. Anteil	neuer Vorschlag FM	Veränderung gegenüber 2007
Oberbayern	85,2	98,7	152,1	127,9	123,0	96,2	- 26,8
Niederbayern	26,5	44,0	56,1	58,0	63,0	75,7	+ 12,7
Oberpfalz	21,6	49,1	56,5	66,4	69,8	85,2	+ 15,4
Oberfranken	5,2	37,8	40,5	48,1	55,5	62,5	+ 7,0
Mittelfranken	85,0	102,1	108,5	114,1	112,4	110,9	- 1,5
Unterfranken	21,8	35,1	45,4	46,8	56,0	51,9	- 4,1
Schwaben	54,7	73,2	80,9	78,7	84,9	97,6	+ 12,7
Insgesamt	300,0	440,0	540,0	540,0	565,0	580,0	+ 15,0

Der Verband der bayerischen Bezirke stellte heraus, dass die Schwankungen bei den Ausgleichsleistungen gem. Art. 15 FAG durch den Wegfall der Ausgaben für die Ausländer ab 2006 und durch die unterschiedliche Entwicklung der Umlagekraft 2006 in erster Linie verursacht werden.

#### 4. Belastungen durch Hartz IV

Der Ansatz für den Belastungsausgleich wird um 23,7 Mio. Euro auf 101,7 Mio. Euro angehoben. Damit ist es möglich, den fehlenden Ausgleich von 22 Mio. Euro für das Jahr 2006 Anfang 2008 auszubehalten. Für den Ausgleich des Jahres 2007 stehen 79,7 Mio. Euro zur Verfügung und sollen sicherstellen, dass bei keinem örtlichen Träger ein Defizit entsteht.

**5. Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs**

Der Verfassungsgerichtshof hält es nach seiner am 28. November 2007 ergangenen Entscheidung zum kommunalen Finanzausgleich für erforderlich, der politischen Entscheidung über die sachgerechte Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs künftig ein formelles Verfahren voranzustellen, in dem unter Beteiligung der Kommunen der kommunale Finanzbedarf ermittelt wird. Die Staatsminister Erwin Huber und Joachim Herrmann haben den kommunalen Spitzenverbänden angeboten, ein den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs entsprechendes Verfahren zu erarbeiten. Die kommunalen Spitzenverbände haben ihre Mitarbeit zugesagt und sehen sich in ihrer Position gestärkt.

**6. Mitfinanzierung der Deutschen Einheit**

Wie in den Verhandlungen zum Finanzausgleich 2005 vereinbart, entfällt ab 1.1.2008 die Erhebung der Solidarumlage. Die Aufbringung des Finanzierungsbeitrags der Kommunen zu den Lasten der Deutschen Einheit erfolgt ab 2008 ausschließlich über die erhöhte Gewerbesteuerumlage (35 %-Punkte) und die Verbundauswirkung. Die Verbundauswirkung entsteht dadurch, dass die finanziellen Leistungen des Freistaats Bayern zur Mitfinanzierung der Deutschen Einheit im Rahmen des Länderfinanzausgleichs die Verbundmasse des allgemeinen Steuerverbunds mindern und damit auf die Höhe des allgemeinen Steuerverbunds der Kommunen durchschlagen. Ab 2010 wird bei der Berechnung der Steuerkraft die

gesamte Gewerbesteuerumlage (2008: 65 v.H.) in Abzug gebracht.

**7. Fazit**

Die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 13 %, die Anhebung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerverbund, die Anhebung der Kreisstraßenpauschale um 11 %, die zu erwartende Senkung der Bezirksumlagesätze in vielen Bezirken, die Anhebung des Hartz IV-Ausgleichs sowie der Fördermittel für Kran-

kenhaus- und Schulbaumaßnahmen in Verbindung mit dem Anstieg der Umlagekraft 2008 lassen erwarten, dass sich die Finanzsituation der Landkreise 2008 weiter verbessert. „Leider ist es nicht gelungen, den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund (derzeit 11,7 %) zu erhöhen. Dies haben wir für den nächsten Doppelhaushalt 2009/2010 aber vorgemerkt. Alles in allem können wir Landkreise mit dem Ergebnis zufrieden sein“, so die zusammenfassende Bewertung von Präsident Zellner.

**Übersicht über die Finanzausgleichsleistungen 2005 – 2008**  
Stand: 4.12.2007

	2005	2006	2007	2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	In Mio. €	In %				
<b>A. Leistungen aus den Steuerverbänden</b>						
<b>I Leistungen aus dem allgemeinen Steuerverbund</b>	2 287,8	2 235,9	2 457,5	2 837,6	380,1	15,5
Anteil	11,60 %	11,60 %	11,70 %	11,70 %		
davon a) Schlüsselzuweisungen	2 095,1	2 060,2	2 156,9	2 437,6	280,7	13,0
b) Umschichtung Art. 10 FAG (vgl. B Nr. 9)	52,7	37,7	92,7	130,4	37,7	40,6
c) Umschichtung Art. 15 FAG (vgl. B Nr. 17)	22,0	20,0	70,0	104,1	34,1	48,7
d) Investitionspauschale (vgl. B Nr. 11)	115,0	115,0	135,0	155,0	20,0	14,8
e) Umschichtung Kommunalen Prüfungsverband	2,8	2,8	2,7	2,8	0,1	1,8
f) Umschichtung Selbstverwaltungscolleg	0,17	0,17	0,17	0,17		
g) Umschichtung Verwaltungsschule	-	-	-	5,0	5,0	100,0
h) Umschichtung Schulkosten für Kinder abgelehnter Asyl	-	-	-	2,6	2,6	100,0
II Überlassung des Aufkommens an Kfz-Steuer	549,3	599,3	658,0	761,0		
Anteil:	(42,83%)	(42,83%)	(42,83%)	(50,0%)	103,0	15,7
davon a) Straßenbau	158,3	182,4	214,0	246,1	32,1	15,0
b) kommun. Umgehungsstraßen 17,9 Mio. €	17,9	17,9	17,9	17,9		
c) Abwasserförderung	91,3	121,3	121,3	141,3	20,0	16,5
d) ÖPNV-Gesetz – Festbetrag	47,3	47,3	51,3	51,3		
e) ÖPNV-Investitionsförderung	42,5	48,4	71,5	71,5		
f) Finanzierung Deutsche Einheit	-	-	-	-		
g) Umschichtung Art. 15 FAG (vgl. B Nr. 17)	192,1	182,1	182,1	233,0	50,9	28,0
III Überlassung des staatlichen Aufkommens an Grunderwerbsteuer (38 %)	347,0	327,1	348,1	419,7	71,6	20,6
IV. Zuweisungen „Familienleistungsausgleich“	329,0	327,4	368,5	384,7	16,2	4,4
<b>B Leistungen außerhalb der Steuerverbände</b>						
1 Finanzaufwendungen	418,0	418,5	419,4	420,3	0,9	0,2
2 Gebührenaufkommen der Landkreise	170,0	165,0	167,0	185,0	18,0	10,8
3 Überlassung der Geldbußen und Verwarnungsgelder	46,0	53,0	57,5	54,0	- 3,5	- 6,1
4 Nutzungsentgelt Datenbank Bayernrecht	0,1	0,1	0,1	0,1		
5 Kostenerstattung für Datenübermittlung	2,6	2,6	2,6	0,0	- 2,6	- 100
6 Zuschüsse für Gesundheits- u. Veterinärämter sowie Heimaufsicht	56,3	56,3	56,3	56,3		
7 Zuweisungen für Wasserwirtschaftsämter	2,3	2,3	2,3	2,3		
8 Zuwendung n. d. Krankenhausfinanzierungsgesetz	452,6	452,6	452,6	477,6	25,0	5,5
9 Zuschüsse nach Art. 10 FAG	124,4	134,4	189,4	215,0	25,6	13,5
davon a) allgemeine Haushaltsmittel – verfügbar –	71,7	96,7	96,7	84,6	- 12,1	- 12,5
b) Umschichtung aus allg. Steuerverbund (vgl. I b)	52,7	37,7	92,7	130,4	37,7	40,6
10 Zuschüsse nach dem Kinderfahrgesetz	18,9	18,9	18,9	18,9		
11 Investitionspauschale	115,0	135,0	155,0	155,0		
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	-	20,0	20,0	0,0	- 20,0	- 100
b) Umschichtung allgemeiner Steuerverbund	115,0	115,0	135,0	155,0	20,0	14,8
12 Zuschüsse zur Abfallbeseitigung und Altlasten	4,0	4,0	4,0	4,0		
13 Zuweisung zu den Kosten d. Schülerbeförderung	236,0	243,0	253,0	263,0	10,0	4,0
14a Allgemeine Bedarfszuweisungen	42,8	14,8	15,0	13,0	- 2,0	- 13,3
14b Konsolidierungshilfe	-	-	5,0	9,0	4,0	80,0
15 Sozialhilfeausgleich an die Bezirke	540,0	540,0	565,0	580,0	15,0	2,7
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	325,9	337,9	312,9	247,9	- 65,0	- 20,8
b) Umschichtung allgem. Steuerverbund (vgl. I c)	22,0	20,0	70,0	104,0	34,1	48,7
c) Umschichtung aus Kfz-Steuerverbund (vgl. II g)	192,1	182,1	182,1	233,0	50,9	28,0
16 Jugendhilfeausgleich	20,5	20,5	20,5	20,5		
17 Abgiltung urheberrechtl. Ansprüche zug. v. Kommunen	1,8	1,9	1,9	1,9		
18 Zuwendung nach dem Entflechtungsgesetz	265,6	248,4	247,5	243,5	- 4,0	- 1,6
davon a) Straßen	160,0	160,0	145,0	120,0	- 25,0	- 17,2
b) ÖPNV	105,6	88,36	102,5	123,5	21,0	20,4
19 Belastungsausgleich Hartz IV	-	50,0	78,0	101,7	23,7	30,4
20 Hilfen Hochwasserschäden 2005/2006 Verwaltungsschule 2008	-	13,5	4,7	10,0	5,3	-
C FAG-Leistungen insgesamt	5 648,8	5 710,2	6 068,1	6 606,6	538,5	8,9
Kommunalanteil am KHG	- 243,1	- 240,8	- 242,4	238,8	3,6	- 1,5
Bundesleistungen nach dem Entflechtungsgesetz	- 265,6	- 248,4	- 247,5	243,5	4,0	- 1,6
Solidarumlage netto	- 18,0	- 80,0	- 54,0	0,0	54,0	-
					100,0	
D Bundesmittel für Hochwasserhilfen	-	- 13,45	- 4,7	-	- 4,7	100 %
Bereinigter Landesleistungen	5 122,1	5 127,6	5 519,4	6 124,3	604,9	11,0 %
Stärkung Art. 10 in 2006/Übernahme Abrechn. Solidarumlage 2006		30,0		46,8	46,8	
E Gesamtbilanz	5 169,1	5 157,6	5 519,4	6 171,1	651,7	11,8

# Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern

## Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung

### 1. Ausgangssituation

Im Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2006 wurde von den kommunalen Spitzenverbänden und den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern eine **Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Gemeindeschlüsselzuweisungen** eingesetzt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW) mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt.

Das Gutachten soll die Frage klären, inwieweit der **derzeitige Verteilungsmodus für die Gemeindeschlüsselzuweisungen** noch sachgerecht ist. Es umfasst eine empirische Bestandsaufnahme der Einnahmen- und Ausgabensituation der bayerischen Gemeinden verschiedener Gruppen und Größenklassen für die Jahre 2003 - 2005, differenziert nach verschiedenen Ausgabenbereichen. Hierauf aufbauend untersucht das Gutachten, wie das Einnahmepotential und die Ausgabenbelastung der Gemeinden gemessen und für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen abgebildet werden können. Das Gutachten wurde am 22. Oktober 2007 von der Arbeitsgruppe abgenommen.

### 2. Inhalt des Gutachtens

- I. Kommunalen Finanzausgleich in Bayern – Ein Überblick
  1. Inhaltliche Abgrenzungen von „Finanzausgleich“
  2. Mittelverwendungen im kommunalen Finanzausgleich Bayerns
- II. Fragestellungen und Untersuchungsschwerpunkte des Gutachtens
  1. Die Fragen der Auftraggeber
- III. Methodische Anmerkungen zur empirischen Analyse
  1. Bestandsaufnahme
  2. Steuerkraft- und Bedarfsbestimmung

### IV. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme nach Ebenen und Gemeindegrößenklassen

1. Struktur, Entwicklung und Verwendung der allgemeinen Deckungsmittel – erste Einschätzungen und Konsequenzen für die weitere Untersuchung
2. Struktur und Entwicklung der Zuschussbedarfe nach Aufgabenbereichen

### V. Das System zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen in Bayern

1. Steuer- und Umlagekraftermittlung
2. Bedarfsbestimmung überhaupt – und Ergänzungsansätze
3. Ausgleichsintensität, Sonderschlüsselzuweisungen und Nivellierungsgrad im bayerischen Verteilungssystem für Gemeindeschlüsselzuweisungen

### VI. Schlussfolgerungen aus der vorangegangenen Untersuchung: Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen

1. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme
2. Die Einschätzung des Verteilungssystems für Schlüsselzuweisungen nach Finanzkraft und Finanzbedarf
3. Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen

### 3. Feststellungen im Gutachten

- 3.1 Im Beobachtungszeitraum zeigt sich, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden in der Gesamtbeobachtung mit zunehmender Einwohnerzahl ansteigen.
- 3.2 Mit zunehmender Gemeindegröße steigen die Ausgaben sowohl im kreisangehörigen Raum als auch bei den kreisfreien Städten.
- 3.3 Der kommunale Finanzausgleich in Bayern wählt für die Gemeindebe-

ne vorrangig die Einwohnerzahl der Gemeinden und kreisfreien Städte zur Differenzierung von Bedarfen. In Bezug auf die Zuschussbedarfe in den Verwaltungshaushalten scheint die Einwohnerzahl trotz aller individuellen Abweichungen in vielen Fällen doch einen relativ hohen statistischen Erklärungswert zu haben.

- 3.4 Dass gerade in Gemeindegruppen mit weniger als 5.000 Einwohnern für die allgemeine Verwaltung mehr Mittel verwendet werden müssen als in größeren Gemeinden, ist unmittelbar plausibel; ein höherer Aufwand im Schulbereich erklärt sich aus der politischen Vorgabe, dass auch in dünn besiedelten Räumen, in denen Kleinstgemeinden stark vertreten sind, Grund- und Hauptschulen in möglichst geringer Entfernung voneinander auch bei niedriger Auslastung vorgehalten werden sollen.

- 3.5 Eine Alternative zur Hauptansatzstaffel bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist kaum realisierbar.

- 3.6 Die Steuerkraftermittlung im kommunalen Finanzausgleich ist kritisch zu sehen.

- Nach Auffassung der Gutachter leuchtet es zunächst zumindest nicht unmittelbar ein, dass die Beteiligung der Gemeinden an der **Grunderwerbsteuer** aus der Steuerkraftermittlung ausgeschlossen bleibt.

- Für die **Realsteuern** sind deutliche Unterbewertungen herausgestellt worden, die auf die Festsetzung der Nivellierungshebesätze zurückzuführen sind. Diese fiktiven Hebesätze liegen insbeson-

dere bei den Grundsteuern A und B, aber auch bei der Gewerbesteuer deutlich unter den Durchschnittshebesätzen. Gerade in steuerstarken Gemeinden – also Gemeinden mit breiter Steuerbasis – bleibt ein nicht unwesentlicher Teil der möglichen Einnahmen deshalb anrechnungsfrei.

- Bei der Anrechnung der **gemeindlichen Einkommensteuerbeteiligung** sind umgekehrte Effekte sichtbar geworden. Hier werden durch die progressive Berücksichtigung der Einnahmen einkommensteuerschwache Gemeinden begünstigt.

**Zusammenfassend** hält das Gutachten zur Steuerkraftermittlung fest: Begünstigt werden zum einen gewerbesteuerstarke, zum anderen einkommensteuerschwache Gemeinden. Im Vergleich der tatsächlichen mit den in der Steuerkraft angerechneten Steuereinnahmen haben die kreisfreien Städte am besten abgeschnitten. Unter den kreisangehörigen Gemeinden sind es die kleinsten, die als begünstigt angesehen werden.

- 3.7 Die Bedarfsbestimmung für den interkommunalen Vergleich erfolgt in Bayern über
- die Einwohnerhinzurechnungen und –gewichtungen

- die „Demografieansätze“ für Gemeinden und Landkreise
- den Zuschlag in Höhe von 10 % auf den Basis-Hauptansatz für kreisfreie Städte
- den Strukturschwächeansatz für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte der sich an der Zahl der Arbeitslosen in Relation zur gemeindlichen Steuerkraft orientiert. Dieser Ansatz bezieht sich nicht auf konkret fassbare Aufgaben- und Ausgabenbelastungen,
- den Sozialhilfeansatz für kreisfreie Städte und Landkreise, der an den tatsächlichen reinen Sozialhilfeausgaben in Relation zu den Umlagegrundlagen der Träger ansetzt. Kritisch anzumerken ist, dass mit dem Sozialhilfeansatz nur einer der großen Kostenblöcke unter den Kreisaufgaben der sozialen Sicherung erfasst wird, die Jugendhilfe jedoch nicht eingerechnet wird.

Das Nebeneinander von allgemeinen Schlüsselzuweisungen und Sonderzuschlüsselzuweisungen erschwert den Überblick. Letztlich muss vermutet werden, dass die Ausgleichseffekte durch die Kombination beider Zuweisungsformen – noch verstärkt durch den Strukturschwächeansatz – zu einer deutlich höheren Ausgleichsintensität führen, als ein erster Blick auf die gesetzlichen Regelungen vermuten ließe.

#### 4. Fazit des Gutachtens

Das Gutachten stellt fest, dass es kein optimales, allein richtiges System des kommunalen Finanzausgleichs gibt. Die Gestaltungsoptionen seien vielfältig. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Bayerische Finanzausgleich **von einem hohen Gerechtigkeitsgedanken getragen wird und großtells zu den angestrebten Ergebnissen führt**. Das Gutachten sieht aber auch Ansatzpunkte für Verbesserungen. Die Ergebnisse des Gutachtens werden von den einzelnen Arbeitsgruppenmitgliedern unterschiedlich gesehen.

#### 5. Weiteres Vorgehen der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe wird sich intensiv mit den Schlussfolgerungen und Vorschlägen des Gutachtens befassen. In diesen Prozess werden die Arbeitsgruppenmitglieder eigene Wahrnehmungen und zusätzliche Erkenntnisse einbringen. Anhand von Modellrechnungen werden Vorschläge auf Zielerfüllung und Umsetzbarkeit überprüft werden. Aus der Gesamtschau heraus wird die Arbeitsgruppe Änderungsvorschläge entwickeln. Diese sollen möglichst in ein gemeinsames Reformkonzept als Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien münden.

Insgesamt wird seitens der Arbeitsgruppe davon ausgegangen, dass mit einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs frühestens zum 1. Januar 2009 gerechnet werden kann.

## Landkreistag begrüßt Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich

**Der Bayerische Landkreistag sieht sich durch die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich in seiner Position gestärkt.**

Die Richter hätten **zwei wesentliche Punkte** hervorgehoben, so Landkreistagspräsident Zellner.

**Zum einen** erfordere die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung eine

derartige finanzielle Ausstattung der Gemeinden, die diesen über die Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben hinaus auch die Übernahme freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben ermöglicht. Dies sei gegenwärtig nur noch bedingt der Fall. Zellner: „Die Nettosozialausgaben sind zwischen 1989 und 2006 in Bayern von 1,5 Mrd. Euro auf 4,4 Mrd. Euro angestiegen. Im gleichen Zeitraum mussten

in der Folge die Kreisumlagesätze von 37,8 % auf 48 % im Landesdurchschnitt angehoben werden. Das nimmt den Gemeinden jeden Spielraum!“

**Zum zweiten** sei der Anspruch der Landkreise abhängig von der **finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates**. Dies bedeute, so Zellner, dass bei einer guten staatlichen Haushaltslage auch alle kommunalen Ebenen profitieren müssten.

## Existenzgründerpakt Bayern

### Bayerischer Landkreistag als Paktpartner

**Eine dynamische, prosperierende Wirtschaft wird im Wesentlichen auch von Unternehmensgründungen getragen. Diese regen den Wettbewerb an und erhöhen damit die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit der heimischen Unternehmen insgesamt. So entstehen innovative und kreative Wirtschaftsräume, in denen zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Unternehmerische Leistungsbereitschaft und ein gut ausgearbeitetes Geschäfts-

konzept sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Unternehmensgründung. Daneben spielen aber auch harte und weiche Standortfaktoren eine wichtige Rolle. So bietet Bayern z. B. einen wirtschaftsfreundlichen ordnungspolitischen Rahmen und gezielte Hilfen für Existenzgründer. Der Freistaat ist Gründerland Nummer Eins in Deutschland. Dieses hervorragende Gründungsklima muss gesichert und weiter gefördert werden. Dazu soll der Existenzgründerpakt Bayern beitragen, der erstmals auch wichtige Institutionen im Frei-

staat vernetzt und bündelt. Besonderer Schwerpunkt des Paktes ist das Thema Unternehmensnachfolge, als Weg in die Selbstständigkeit durch die Übernahme eines bestehenden Unternehmens.

Der Bayerische Landkreistag ist mit dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Städtetag Bündnispartner. Nähere Informationen können unter [www.existenzgruenderpakt-bayern.de](http://www.existenzgruenderpakt-bayern.de), [www.startup-in-bayern.de](http://www.startup-in-bayern.de) oder unter [www.unternehmensnachfolge-in-bayern.de](http://www.unternehmensnachfolge-in-bayern.de) abgerufen werden.

## Bayerischer Landkreistag auf der ConSozial 2007 in Nürnberg

Der Bayerische Landkreistag war im Jahr 2007 erstmals mit einem eigenen Stand auf der ConSozial, der größten Sozialfachmesse in Deutschland, vertreten. Unter der Schirmherrschaft der Geschäftsstelle haben zwölf Landkreise verschiedene Projekte aus dem Bereich der Sozial-, Jugend- und Altenhilfe präsentiert.

Die erstmalige Teilnahme an der ConSozial kann der Bayerische Landkreistag als vollen Erfolg verbuchen. Staatsministerin Stewens hat die Teilnahme der bayerischen Landkreise bei allen Redebeiträgen hervorgehoben und den Stand bei ihrem Messerundgang am 7. und 8. November aufgesucht. Auch



Landrat Hubert Hafner, Günzburg, auf der ConSozial im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Sozialministerin Christa Stewens.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hat den Stand am zweiten Messetag, den 8. November 2007, besucht. Gerade die Tatsache, dass nicht der Verband selbst, sondern die Landkreise die Inhalte präsentiert haben, wurde lobend erwähnt.

Der rege Besuch des Messestandes hat deutlich gemacht, welches Potential für die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und der Landkreise in einer Teilnahme an der ConSozial liegt. Sämtliche teilnehmenden Landkreise haben auf Arbeitsebene ihre Bereitschaft und ihr Interesse bekundet, auch im nächsten Jahr an der ConSozial wieder teilzunehmen.

## Damit die medizinische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum auch in Zukunft sichergestellt ist

### KVB und Landkreistag unterzeichnen Kooperation

Die medizinische und psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum muss erhalten und – sofern möglich – noch optimiert werden. Mit diesem Anliegen unterschrieben – neben weiteren Vertretern ihrer Organisationen – der Vorstandsvorsitzende der

KVB, Dr. Axel Munte, und der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, Roth, am 28. November 2007 die Absichtserklärung über eine „**Kooperation zur gemeinsamen Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden medizini-**

**schen Versorgung in den bayerischen Landkreisen**“ (siehe Seite 11).

„Die Menschen im ländlichen Raum haben das gleiche Anrecht auf eine medizinische Versorgung wie diejenigen in den Städten“, so Landrat Herbert

Eckstein. „Was aber, wenn der Trend sich fortsetzt, und es immer weniger Nachwuchs für die haus- und fachärztlichen Praxen gibt? Die Wege für die Patienten, die medizinische Hilfe benötigen, würden sich dramatisch verlängern“, so Dr. Axel Munte weiter.

Die **wohnortnahe Versorgung**, die in Bayern in der Vergangenheit immer groß geschrieben wurde, ist unmittelbar durch aktuelle Entwicklungen bedroht. Die Krankenhäuser sind von den aktuellen Kostenwüchsen, wie dem Sanierungsbeitrag im Rahmen des Wettbewerbsstärkungsgesetzes, den Tarifabschlüssen mit dem Marburger Bund und den gestiegenen Energiepreisen, unmittelbar betroffen. „Diese Veränderungen berühren aber auch die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten“, so der Vorstandsvorsitzende der KVB, Dr. Axel Munte. Die Überalterung bei den Hausärzten, aber auch in vielen konservativ tätigen Facharztgruppen ist signifikant und darin begründet, das sich junge Ärzte in ländlichen Regionen kaum noch niederlassen – sofern sie nach einem anspruchsvollen Studium nicht sowieso der Medizin den Rücken kehren und in die Wirtschaft wechseln.

Die im Vergleich schlechteren Einwohner-/Hausarzt-Verhältnisse in ländlichen Räumen werden weiter dem negativen Trend folgen, wenn Gegenmaßnahmen unterbleiben. „Stillgelegte Krankenhausstationen und nicht mehr besetzt

te Hausarztpraxen sind nicht nur ein Problem des jeweils zur Sicherstellung Verpflichteten, sondern haben auch per se eine politische Bedeutung“, so der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, Roth, der in den Krankenhäusern und Arztpraxen wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Standortfaktoren sieht.

Um den bereits jetzt sichtbaren **Abwanderungstendenzen** zu begegnen, diese aufzuhalten oder jedenfalls abzumildern, haben sich die KVB und der Bayerische Landkreistag zu einer **gemeinsamen Kooperationsvereinbarung** entschlossen. Als **Ziele** werden darin insbesondere die Gewährleistung einer qualitäts- und patientenorientierten Versorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen, die Qualitätssteigerung der Versorgung unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts, eine bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Versorgungsangebots und die Förderung des ärztlichen Nachwuchses genannt.

Im Fortgang der Kooperationsvereinbarung sollen Stärken und Schwächen der bestehenden Kooperationsbeziehungen auf Landkreisebene analysiert und daraus konkrete Vorschläge für weitere Kooperationsabsprachen zwischen den Beteiligten vor Ort abgeleitet werden. Gemeinsame Standards werden das Aufnahme-, Entlassungs- und Überleitungsmanagement festlegen.

Der allgemein **schwierigen Situation im Gesundheitswesen** werden die Vertragspartner gemeinsam begegnen: „Wir wollen aus eigener Kraft heraus einen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung leisten. Uns ist klar, dass das notwendige gegenseitige Vertrauen erst wachsen muss, damit wir schwierige Themen wie etwa die ausreichende Besetzung von Notarztstandorten oder die Gründung von medizinischen Versorgungszentren für beide Seiten annehmbar gestalten können“, so der Vorsitzende der KVB, Dr. Axel Munte und der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Herbert Eckstein.

Die gemeinsame Fachtagung der KVB und des Bayerischen Landkreistags fand in der Schlossökonomie in Eggenfelden im Landkreis Rottal-Inn statt. Die Kooperationsvereinbarung wurde vom Vorstandsvorsitzenden der KVB, Dr. Axel Munte, vom Zweiten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein und der gastgebenden Landrätin und Dritten Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Bruni Mayer, beide in Vertretung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, sowie dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der KVB, Dr. Gabriel Schmidt und dem Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der KVB, Dipl. Psych. Rudi Bittner, unterzeichnet. An der Tagung nahmen 75 Vertreter der KVB und des Bayerischen Landkreistags teil.

**Absichtserklärung zwischen dem Bayerischen Landkreistag**

**- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
und der  
Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
über eine**

**Kooperation zur gemeinsamen Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung in den bayerischen Landkreisen**



**I.) Präambel**

Der Bayerische Landkreistag als Zusammenschluss der bayerischen Landkreise, die an 135 Standorten Krankenhäuser unterhalten, und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) mit ihren über 22.000 Mitgliedern (Hausärzte, Fachärzte und Psychologische Psychotherapeuten) streben eine intensive Kooperation an,

um gemeinsam die medizinische Versorgung patienten- und qualitätsorientiert, sowie ressourcensparend und flächendeckend in allen bayerischen Landkreisen zu gewährleisten.

**II.) Die Partner dieser Vereinbarung streben durch diese Kooperation folgende Ziele an:**

- 1.)** Gewährleistung einer qualitäts- und patientenorientierten medizinischen Versorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen
- 2.)** Steigerung der Qualität der Versorgung unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts

- 3.)**  
Bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Versorgungsangebotes durch gemeinsame Maßnahmen
- 4.)**  
Sicherstellung des medizinischen Nachwuchses für die ambulante Versorgung und die Krankenhausversorgung
- 5.)**  
Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der ärztlichen Versorgung in Notfällen
- 6.)**  
Optimierung der medizinischen Versorgung in den Alten- und Pflegeheimen durch sektorenenübergreifende Kooperationsmaßnahmen
- 7.)**  
Sektorenübergreifende Vernetzung und Ausbau der vorhandenen IT-Strukturen, insbesondere für die zwischenärztliche Kommunikation und die valide Dokumentation ärztlicher Leistungen
- 8.)**  
Optimierung der personellen, apparativen und räumlichen Ressourcennutzung durch Kooperationsmaßnahmen

### III.) Die Partner dieser Vereinbarung verständigen sich insbesondere auf folgende Kooperationsfelder:

#### 1.) Statusanalyse

- Analyse der Stärken und Schwächen der bestehenden Kooperationsbeziehungen auf Landkreisebene (Austausch von Analysedaten)
- Analyse der ambulanten Notfallversorgung

#### 2.) Gemeinsame Versorgungsstrukturen:

- Entwicklung von Umsetzungsmaßnahmen zur Etablierung oder Intensivierung einer Kooperation zwischen KVB bzw. KVB-Mitgliedern einerseits und dem jeweiligen Krankenhausträger bzw. Krankenhaus, Landkreis/ Gesundheitsabteilung andererseits
- Prüfung der Etablierung oder des Ausbaus von Bereitschaftspraxen zur ambulanten medizinischen Versorgung außerhalb der üblichen Sprechstundenzeiten
- Abschluss von Kooperationsverträgen, u.a. Belegarztverträgen, zur Nutzung der personellen, apparati-

ven und räumlichen Ressourcen der KVB- Mitglieder und der jeweiligen Krankenhäuser einschließlich Überlegungen zu § 116 b SGB V-Leistungen

- Koordinierungsgespräche auf Landkreisebene zur Konsensfindung für sicherstellungsorientierte und rechtskonforme Zulassungen und Ermächtigungen sowie zu Institutsambulanzen
- Vernetzung der IT-Strukturen zur standardisierten IT-gestützten Kommunikation, Dokumentation und Patientenakte

#### 3.) Qualitätsmanagement

- Etablierung, Messung und Steuerung gemeinsamer Qualitätsziele und Qualitätsindikatoren ggf. einschließlich des Dokumentenmanagements
- Festlegung von Standards für das Aufnahme-, Entlassungs- und Überleitungs-Management
- Etablierung von Fallkonferenzen
- Festlegung von Standards für Diagnostik und Versorgungsprozesse, insbesondere für vor- und nachstationäre Versorgung, Überleitungs- (Pflegeheime), ambulantes Operieren
- Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Versorgungsqualität (z.B. Verfahren zur Verkürzung von Wartezeiten für Patienten)
- Etablierung eines abgestimmten Arzneimittelmanagements
- Verfahren bei Beschwerden

#### 4.) Förderung und Sicherung des medizinischen Nachwuchses

Vereinbarung über Fördermaßnahmen zur Weiterbildung von angehenden Haus-, Fachärzten und Psychotherapeuten mit dem Ziel, den Nachwuchsbedarf für die lokale bzw. regionale ambulante und stationäre Versorgung zu sichern

#### 5.) Erhaltung und Weiterentwicklung des Notarztdienstes

- Erhaltung und Weiterentwicklung der vorhandenen Versorgungsstruktur



*Unterzeichnen die gemeinsame Kooperationsvereinbarung (von links nach rechts): Der Zweite Stellvertretende Vorsitzende der KVB, Dipl. Psych. Rudi Bittner, der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Herbert Eckstein, die gastgebende Landrätin und Dritten Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Bruni Mayer, beide in Vertretung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KVB, und Dr. Gabriel Schmidt, Erster Stellvertretender Vorsitzender der KVB.*



Diskutierten unter der Moderation von Gerd Brunner (Mitte) die medizinische Versorgung im ländlichen Raum (von links nach rechts): Geschäftsführer Martin Schmid, Klinikum Fichtelgebirge, Dr. Gabriel Schmidt, Erster Stellvertretender Vorsitzender der KVB, Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KVB, Landrätin und Dritte Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags Bruni Mayer, Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, Roth, und Geschäftsführer Gunther Schlosser, Kliniken Naturpark Altmühltal.

und Organisation des Notarztdienstes auch im Hinblick auf eine anstehende Neufassung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes

- Option, durch Vereinbarungen die KVB mit der operativen Umsetzung der organisatorischen und administrativen Aufgaben (u.a. Dienstplanmanagement, Abrechnung, Patienten-Beschwerdemanagement) zu beauftragen

#### IV.) Organisation und Steuerung der Umsetzungsmaßnahmen

Um die angestrebten Kooperationsmaßnahmen zu etablieren, verständigen sich die Partner dieser Vereinbarung auf folgende Maßnahmen

##### 1.) Landesebene

Erichtung eines paritätisch besetzten Lenkungsausschusses auf Lan-

desebene, mit je 5 Vertretern der Vertragspartner mit folgender Aufgabenstellung:

- Konkretisierung der einzelnen Kooperationsfelder
- Unterstützung der Umsetzung auf Landkreisebene (z.B. Rahmenvereinbarungen, Musterverträge, Eckpunktkonzepte)
- Institutionalisierung des notwendigen Informationsaustausches
- Begleitung der Umsetzung auf Landkreisebene
- Eskalationsebene bei Interessenskonflikten grundsätzlicher Art auf Landkreisebene
- Abstimmung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu gemeinsamen Kooperationsmaßnahmen

- Als erste Umsetzungsmaßnahme soll zunächst als Pilot für maximal 2 ausgewählte Landkreise

- innerhalb von drei Monaten eine Analyse nach III. Nr. 1 dieser Vereinbarung erstellt werden

- innerhalb von drei Monaten nach dem Analyseergebnis Umsetzungsmaßnahmen entwickelt werden

##### 2.) Landkreisebene

Auf Landkreisebene soll auf der Basis dieser Vereinbarung und der Empfehlungen des Lenkungsausschusses nach IV Nr. 1 die Kooperation durch regelmäßige institutionalisierte Gespräche und Konsensfindung zwischen KVB, KVB-Mitgliedern, Krankenhaus und Krankenhausträgern konsequent umgesetzt und ausgebaut werden.

München / Eggenfelden, den 28. November 2007

# Geobasisdaten für alle Landkreise Bayerns

## Landkreistag und Finanzministerium stellen Modell zur umfangreichen Nutzung sämtlicher Geobasisdaten in Landkreis-GIS-Lösungen vor

**Am 30. November 2007 stellte der Bayerische Landkreistag in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatskanzlei und der Bayerischen Vermessungsverwaltung bei einer Informationsveranstaltung die künftigen Möglichkeiten einer pauschal finanzierten Nutzung von amtlichen Geobasisdaten und Eigentümerdaten des Allgemeinen Liegenschaftsbuches (ALB) in Landkreis-GIS-Lösungen vor.**

In den Grußworten betonten der Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags, Johannes Reile, Ministerialrat Prof. Dr. Manfred Mayer, Bayerische Staatskanzlei, und der Präsident des Landesamts für Vermessung Geoinformation, Prof. Günter Nagel, als Gastgeber die besondere Bedeutung der Geobasisdaten für eine effiziente Arbeit der Landkreise. Die Kooperation der Staatskanzlei, des Finanzministeriums und des Bayerischen Landkreistags sei Element des 2002 abgeschlossenen eGovernment-Paktes zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden,

in dem das Zusammenwirken der Partner bei der Einführung der elektronischen Verwaltung vereinbart wurde.

Dr. Ulrich Huber, Landratsamt Cham, stellte die Möglichkeiten der Nutzung Geographischer Informationssysteme (GIS) und Geodaten sowie die Potentiale einer solchen Lösung dar. Geodaten bieten eine Grundlage für zahlreiche eGovernment-Anwendungen für Bürger, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Das Landratsamt Cham betreibt seit vielen Jahren ein interkommunales Geographisches Informationssystem und bietet in diesem Zusammenhang Dienstleistungen für alle kreisangehörigen Gemeinden an.

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen wurde inzwischen ein Modell zu einer kostengünstigen eGovernment-konformen Nutzung aller wesentlichen Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung erarbeitet. Der Vertreter des Finanzministeriums, Peter Lauber, erläuterte anhand von Eckpunkten die Vorteile dieses Modells: So

soll die Nutzung von GIS und Geodaten bei den Landkreisen durch das Modell nachhaltig gefördert werden; allen Landkreisen soll zu einfachen und günstigen Konditionen über eine „Generalvereinbarung“ mit reinem Wartungscharakter die Nutzung der Daten der Vermessungsverwaltung ermöglicht werden. Bislang nutzen über 60 % der Landkreise Daten der Vermessungsämter nach individuellen Vereinbarungen. Ziel der Neuregelung sei jedoch ein deutlich höherer Prozentsatz und die pauschale Nutzung der gesamten Datenpalette, so Lauber. Mit dem Pauschalangebot sei eine deutliche Kostenersparnis und langfristige Planungssicherheit für die Landkreise verbunden.

Die Vertreterin des Landkreistags, Dr. Maria Wellan, unterstützte die Ablösung der bisherigen Rahmenvereinbarung durch das neue Modell. Eine entsprechende Vereinbarung könne aber nur abgeschlossen werden, wenn eine ausreichende Anzahl der Landkreise dem Modell zustimme.

## Bayerischer Energiepreis 2008

### Mit neuer Energie in die Zukunft!

Unter diesem Motto schreibt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bereits zum 6. Mal den Bayerischen Energiepreis aus. Wie bereits bei den Auslobungen von 1999 bis 2006 spricht der mit insgesamt 25.000 Euro dotierte Preis bewusst ein **breit gefächertes Bewerberspektrum** an: Bis zum **25. Januar 2008** können sich interessierte Entwickler, Planer, Hersteller und Betreiber aus der Energiebranche, aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Gemeinden, Städte und Landkreise,

aber auch Einzelpersonen und Teams bewerben.

Der **mit insgesamt 25.000 Euro dotierte Bayerische Energiepreis** würdigt besonders innovative Produkte und Verfahren, anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte, richtungweisende technische und bauliche Energiekonzepte oder auch besondere Aktionen sowie hervorragende organisatorische Leistungen. Vergeben werden ein Hauptpreis und bis zu zehn Anerkennungspreise. **Kriterien für die Preisvergabe** sind in erster Linie der

**Grad der Neuheit bzw. der Innovation**, die Faktoren **Effizienz und Wirtschaftlichkeit**, der Umfang der **Wertschöpfung**, sowie **Übertragbarkeit** und **Marktpotenzial**.

Unter genauer Prüfung und Bewertung der eingegangenen Vorschläge fällt eine **Jury** aus Professoren verschiedener Universitäten die Entscheidung über die Gewinner des Bayerischen Energiepreises 2008. Die feierliche **Preisverleihung** findet im Rahmen des Symposiums „Energie Innovativ“ am **11. Juni 2008** in Nürnberg statt.

Der Bayerische Energiepreis wird von der **Bayern Innovativ GmbH** organisiert. Dort können sich Interessenten gezielt über die Teilnahmebedingungen und die optimale Vorgehensweise hinsichtlich der Bewerbung informieren. Bewerbungen können direkt über die Bayern Innovativ GmbH oder über Kammern, Forschungseinrichtungen, Verbände und weitere vorschlagsberechtigte Institutionen eingereicht werden.

### Erfolgsstory – Der Bayerische Energiepreis 1999-2006

Die Auszeichnungen für den Bayerischen Energiepreis gingen in den Jahren 1999 - 2006 an Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen bzw. Technologiebereichen. Den mit 10.000 Euro dotierten Hauptpreis erhielt im Jahre 2006 ein Unternehmen aus der Automobilbranche: Compact Dynamics, dessen Entwicklung eines elektrischen Ventiltriebes die mechanische Nockenwelle in

#### Bayerisches Energie-Forum

Das Bayerische Energie-Forum wurde 1997 auf Initiative des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ins Leben gerufen.

Als Informationsdrehscheibe für die Bereiche Rationelle Energienutzung, Erneuerbare Energien und Neue Energietechnologien erhöht es die Transparenz bezüglich bestehender Angebote und berichtet ständig über laufende Entwicklungen und abgeschlossene Projekte.

Mit themenspezifischen Kooperations-Plattformen zwischen Experten und Anwendern ist es zudem Initiator für neue Entwicklungen und Innovationen.

Motoren ersetzen und zukünftig Kraftstoff- und Energieeinsparungen bis zu 15 % ermöglichen könnte.

Den ersten Energiepreis überhaupt erhielt die Schwabacher Abfallwirtschafts GmbH

für ihre großtechnische Bioabfallvergärungsanlage mit Nahwärmenetz. Aber auch neuartige Verfahren zum Würzekochen in Bierbrauereien, energieeinsparende Verfahren in einer Großdruckerei oder für den Aufbau einer Produktion von neuartigen Wärmeschutzelementen in Vakuumdämm-Technik wurden bereits prämiert.

#### Weltere Informationen:

Bayern Innovativ GmbH –  
Bayerisches Energie-Forum  
Tel.: 0911-20671-0  
energie@bayern-innovativ.de;  
www.bayerisches-energie-forum.de

**Gisela Baumann,**  
Bayerisches Energie-Forum  
Tel.: 0911- 20671 - 154;  
baumann@bayern-innovativ.de

**Christoph Kirsch,**  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Tel.: 0911- 20671 - 151,  
kirsch@bayern-innovativ.de

## Rechtliche Grundlagen für die kommunale Doppik ergänzt

Im Oktober 2007 sind mit der **Neufassung der Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik** (KommHV-Doppik) und der **Verordnung zur Änderung kommunalwirtschaftlicher Vorschriften** zwei neue Regelwerke zum kommunalen Haushaltsrecht im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht worden. Beide sind rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Für die freiwillig auf die doppelte kommunale Buchführung umgestiegenen bzw. umsteigenden Kommunen stellt die KommHV-Doppik eine wichtige Rechtsgrundlage dar. In ihr sind die Vorschriften zur Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens ebenso enthalten wie die Fragen der Haushaltsgliederung, des doppischen Haushaltsausgleichs, der Rückstellungen oder der Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der zukünftigen Jahresabschlüsse. Nunmehr fehlen noch die Endfassung der Bewertungsrichtlinie Bayern sowie ergänzende Verwaltungsvorschriften (z.B. Haushaltsmuster), die aber ebenfalls bereits in Arbeit sind.

Mit der Verordnung zur Änderung kommunalwirtschaftlicher Vorschriften erfolgte auch für die weiterhin kameral buchenden Kommunen eine Modernisierung des Haushaltsrechts. Die Abschnitte für das Kassen- und Anordnungswesen wurden – analog zur KommHV-Doppik- neu gefasst. Ferner wurde z.B. die Kosten- und Leistungsrechnung als Instrument moderner Verwaltungssteuerung in der Haushaltsverordnung verankert.

### Ankündigung: Fachtagung „Patenschaftsprojekte“

Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement veranstaltet in Kooperation mit den bayerischen SeniorTrainern am 15. April 2008 in Nürnberg eine Tagung zum Thema „Patenschaftsprojekte“. Zunehmend unterstützen ehrenamtliche Paten und Patinnen bzw. Mentoren und Mentorinnen Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen, z.B. Familien, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Pflegebedürftige. Auch die Einsatzmöglichkeiten vor Ort, im unmittelbaren sozialen Umfeld der Freiwilligen, sind vielfältig: Entlastung im Alltag durch Betreuung der Kinder, Hilfestellung bei Behördengängen, Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche u.v.m.

Rund 200 verschiedene Träger vermitteln in Deutschland mittlerweile Patenschaften dieser Art, auch in Bayern unterstützen bereits viele Gemeinden und Städte derartige Ansätze. Die Tagung wird aus dieser Vielfalt erfolgreiche Projekte vorstellen. Darüber hinaus werden Fragen behandelt, die bei der Initiierung und Umsetzung ehrenamtlicher Patenschaften wichtig sind. Nähere Informationen zur Veranstaltung ab Mitte Januar unter [www.wir-fuer-uns.de](http://www.wir-fuer-uns.de)

## Landkreis Cham erhält Integrationspreis „JobErfolg“

### Verleihung am Welttag der Menschen mit Behinderung



Die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, überreichte den Integrationspreis „JobErfolg 2007“ an den Chamer Landrat Theo Zellner, der von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet wurde.

Der Landkreis Cham wurde am 3. Dezember 2007, dem Welttag der Menschen mit Behinderung, mit dem Integrationspreis „JobErfolg“ der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet. Landrat Theo Zellner nahm bei einem Festakt in Bamberg die **Auszeichnung für herausragende Leistungen bei der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt in der Kategorie „Öffentlicher Dienst“** entgegen. Der Preis für die private Wirtschaft ging an Audi. Überreicht wurde der Preis von der Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages Barbara Stamm, dem bayerischen Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike und der Behindertenbeauftragten Anita Knochner.

Die Jury begründete ihre Entscheidung so: „Beim Landkreis Cham arbeiten 42 schwerbehinderte Menschen, was einer Beschäftigungsquote von mehr als 14 Prozent entspricht. Die Palette der Behinderungen umfasst unter anderem leichte bis schwerste Bewegungseinschränkungen, Sehbehinderungen sowie verschiedene innere Erkrankungen. Besonderes Augenmerk legt das Landratsamt Cham auf die Ausbildung und anschließende Übernahme von jungen Menschen mit schwerer Behinderung sowie auf die gezielte Beschäftigung älterer schwerbe-

hinderter Menschen. Es möchte damit ein Zeichen für die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes setzen.“

Der Chamer Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags, nahm die Auszeichnung sehr gerne entgegen: „Ich freue mich über diese Auszeichnung ganz besonders, weil es hier um Menschen geht. Die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft kann nirgends so erfolgreich gelingen wie am Arbeitsplatz. Die hohe Beschäftigungsquote im Landkreis Cham ist auch das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Schwerbehindertenvertretung, Personalvertretung und Dienststellenleitung sowie einer gezielten, behindertenfreundlichen Personalpolitik. Wir haben zum Beispiel in den letzten Jahren, als es schon für Nichtbehinderte und erst recht für Behinderte schwierig war, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, für vier junge schwerbehinderte Menschen eine Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsmöglichkeit beim Landratsamt Cham geschaffen. Wenn dann einer dieser Auszubildenden sogar die Platzziffer 1 bei der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf zum Verwaltungsfachangestellten in ganz Bayern erreicht, freut uns das nicht nur sehr - es beweist auch eindeutig,

dass Menschen mit einer Behinderung zu besonderen Leistungen fähig sind. Wir wollen auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten nicht nur unsere gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungspflicht erfüllen, sondern in besonderer Weise dazu beitragen, dass Menschen mit einer Behinderung bestmöglich in unserer Gesellschaft integriert werden können.“

Die **Auszeichnung ‚JobErfolg‘** wurde von der Behindertenbeauftragten Anita Knochner initiiert, mit Unterstützung durch Sozialministerin Christa Stewens und Landtagspräsident Alois Glück. Prämiert werden Organisationen und Unternehmen, die eine hervorragende Integrationsarbeit leisten und Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Dabei geht es nicht nur um Statistiken und die Erfüllung gesetzlicher Quoten, sondern um ein nachhaltiges Engagement, das sich über die ganze Organisation erstreckt und von allen Mitarbeitern gleichermaßen gelebt wird.

Die Teilnahme wird bayernweit ausgeschrieben, und der Auswahlprozess folgt strengen Regeln. Mitwirkende Unternehmen und staatliche Stellen geben anhand einer Kriterienliste ihre Bewerbung ab. Im Segment der mittelständischen und kleinen Unternehmen unterstützen die Integrationsämter das Antragsverfahren und stellen die Vorschläge der Jury vor. Die Jury setzt sich zusammen aus Mitarbeitern des Bayerischen Landtags, des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, der Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, des Bayerischen Staatsministeriums für Finanzen, des Integrationsamtes Bayern, der Gewerkschaft ver.di und des DGB, der IHK sowie eines Vertreters des Verbands der Bayerischen Bezirke.

Neben den Integrationspreisen für die private Wirtschaft und den öffentlichen Dienst wurde ein Ehrenpreis an ein kleines Unternehmen verliehen, das der Beschäftigungspflicht für behinderte Menschen nicht unterliegt, es aber dennoch tut.

## Landkreis Straubing – Bogen verleiht Ausbildungspreise 2007

Für ihr herausragendes Engagement in der beruflichen Ausbildung junger Menschen konnten die Sturm Gruppe aus Saiching und die Maschlinenbau-firma Räss aus Bogen aus der Hand von Landrat Alfred Reisinger den erstmals verliehenen Ausbildungspreis des Landkreises Straubing-Bogen entgegennehmen.

Die Firma Sturm, die den Preis in der Kategorie Mittel-/Großunternehmen

gewann, bildet seit 1962 Lehrlinge in verschiedenen Berufsfeldern aus. Aktuell beschäftigt das Unternehmen 76 Auszubildende. Die Firma Räss siegte in der Kategorie Kleinunternehmen. Der Betrieb bildet seit fast 30 Jahren Jugendliche aus und beschäftigt derzeit acht Auszubildende. Landrat Reisinger führte in seiner Laudatio aus, dass die berufliche Ausbildung für die zukünftige Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit

des ländlich geprägten Raumes von großer Bedeutung ist. „Unsere jungen Menschen brauchen eine Perspektive damit sie nicht in Ballungsräume abwandern.“ 16 Betriebe haben sich in diesem Jahr um die Auszeichnung beworben. Der Preis wird jährlich vergeben. Der Landkreis Straubing-Bogen ist der erste Landkreis in Niederbayern, der mit einem Ausbildungspreis den Einsatz der Wirtschaft um die berufliche Ausbildung würdigt.

## Hohe Auszeichnung für Landrat Theo Zellner durch den Deutschen Olympischen Sportbund



Die Geehrten mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Landrat Theo Zellner

Der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, wurde im Dezember in Berlin mit dem Preis „Pro Ehrenamt“ 2007 ausgezeichnet. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und die Commerzbank verleihen in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement den Preis „Pro Ehrenamt“ an Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien, die sich für das Ehrenamt im Sport stark gemacht und zu guten Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement beigetragen haben. Der Preis wird jährlich zum Internationalen Tag des Ehrenamts vergeben.

Mit Theo Zellner kürte die Jury in der Kategorie Politik einen Mann, der „für eine Vielfalt an Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts“ stehe, so Walter Schneeloch, DOSB-Vizepräsident, in der Laudatio. Zellner engagierte sich nicht zuletzt für die Jugend, zum Beispiel durch Fortbildungsangebote, die auf Ehrenämter vorbereiten oder die kostenlose Nutzung von Sportstätten. Vorbildlich sei auch der „Treffpunkt Ehrenamt“, eine Anlauf- und Koordinierungsstelle für Ehrenamtliche im Landkreis Cham.

Theo Zellner freut sich über diese besondere Auszeichnung, die vor ihm nur Landtagspräsident Alois Glück als bisher einziger bayerischer Politiker erhalten hat. „Diesen Preis PRO EHRENAMT nehme ich stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Helfer im Landkreis Cham entgegen. Ich sehe ihn als eine Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Der Sport braucht verlässliche Partner, auch in der Politik. Das möchte ich auch in Zukunft sein!“

Ein Sonderpreis ging an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der unter anderem dazu beigetragen habe, dass die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts Ehrenamtliche steuerlich entlastete. Weitere Preisträger sind Dieter Hebel, der als Vorstandsvorsitzender der Gmünder Ersatzkasse (GEK) zahlreiche Projekte wie die Stiftung eines Preises für ehrenamtliche Trainer und Beiträge zu ihrer Fortbildung initiiert hat, sowie Hans-Peter Seubert, stellvertretender Leiter der Sportredaktion im „Darmstädter Echo“ für Hintergrundberichte über Sportvereine und Ehrenamt.

## Projekt „Demographische Entwicklung aktiv gestalten“

Im Landkreis Nürnberger Land ist das Projekt „Demographische Entwicklung aktiv gestalten“ gestartet: Um auf die sinkende Geburtenrate und die Überalterung der Gesellschaft zu reagieren und Lösungen für die daraus folgenden Probleme

zu erarbeiten, haben zwanzig Kommunen zusammen mit dem Landkreis ihre Arbeit an dem Modellprojekt aufgenommen.

Auch wenn die letzten Prognosen dem Nürnberger Land eine insgesamt stabile

Entwicklung in Bezug auf die Gesamtzahl der Einwohner attestiert haben, sind auch im Landkreis erhebliche Verschiebungen der einzelnen Altersklassen zu erwarten. Bereits jetzt spürt man in vielen Gemeinden die Auswirkungen des

demographischen Wandels. Ein Großteil der Kommunen im Landkreis sind daher angetreten, um unter der Federführung des Basis-Instituts Bamberg und unter Begleitung der Wirtschaftsförderung des Landkreises Lösungen für die Folgen des demographischen Wandels zu finden. Während einhalb Jahre werden Projekte in den einzelnen Gemeinden entwickelt, begonnen oder bereits umgesetzt. Für Michael John, Geschäftsführer des Basis-Instituts, ist dieser Projektansatz außergewöhnlich, da der Landkreis Nürnberger Land aus eigener Kraft ein Modellprojekt initiiert.

Mit einem Auftaktworkshop haben **drei Gruppen** ihre Arbeit zu den Themen „Bildung“, „Wohnen und Gebäude“ sowie „Mehrgenerationengemeinde“ aufgenommen:

Der Workshop **„Wohnen und Gebäude“** in Engelthal befasste sich im Wesentlichen mit der Frage, wie leer stehende Gebäude sinnvoll und wirtschaftlich umgenutzt werden können. Der gastgebende Bürgermeister Günther Rögner verwies auf die besondere Problematik bei älteren Gebäuden, die nur im Einklang mit dem Denkmalschutz einer neuen Nutzung zugeführt werden könnten. Dies übersteige vielfach die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden. Helmar Fexer, Direktoriumsmitglied des Caritasverbandes, stellte als eine Nutzungsmöglichkeit das Projekt „In der Heimat wohnen“ vor, in dessen Rahmen neue Wohnmöglichkeiten für die ältere Generationen am Land geschaffen wer-

den. Bis zur nächsten Sitzung erstellt jede teilnehmende Gemeinde ein Leerstandskataster, das auch die Gebäude einbezieht, bei denen eventuell ein Leerstand eintreten könnte.

Die Arbeitsgruppe **„Mehrgenerationengemeinde“** versucht den Austausch zwischen älteren und jüngeren Menschen zu gestalten und zu intensivieren. Im Rahmen des Auftaktworkshops in Neuhaus berichtete dazu Paul Locherer, Bürgermeister von Amtzell und Mitglied des Landtags in Baden-Württemberg, von den Erfahrungen in seiner Gemeinde, die seit über zwanzig Jahren zielstrebig den Gedanken der Generationengemeinde verfolgt. Neben einem Kindergarten auf dem Gelände des Altenheimes ist dort ein Sportplatz für Jung und Alt entstanden, der sehr gut angenommen wird. Stellvertretend für die Mitglieder der Arbeitsgruppe zeigte sich Heidi Suttner, Bürgermeisterin von Neuhaus, beeindruckt von der Vielfalt der in Amtzell umgesetzten Ideen: „Da gibt es sehr vieles, was neue Ideen in die Runde bringt.“ Jede Gemeinde müsse letztlich aber für sich selbst den richtigen Weg suchen und die Bürger intensiv in die Entwicklung einbeziehen.

Die Arbeitsgruppe **„Bildung“** sucht lokale Gestaltungsmöglichkeiten, um die Bildungssituation vor Ort zu verbessern. Der Rahmen der Bildungspolitik wird zwar auf Landesebene vorgegeben; wie jedoch vor Ort die Schulen mit ihrem Umfeld zusammenarbeiten und lebenslanges Lernen beispielsweise von den

Volkshochschulen unterstützt wird, muss stets lokal geklärt werden. Dass dabei zum Beispiel im Rahmen von Ganztagesmodellmodellen neue Fragen auftreten, beschrieb beim Workshop der gastgebende Altdorfer Bürgermeister Erich Odörfer: „Wie können Jugendarbeit und Ganztagesmodell sinnvoll miteinander verknüpft werden, damit die Jugendarbeit nicht unter der Ganztagesmodell leidet?“ Wolfgang Blos, Rektor der Adalbert-Stifter-Volksschule in Forchheim, zeigte auf, wie das Konzept von „Schule als Lebensraum“ in der Praxis umgesetzt werden kann und hatte damit erste Antworten auf die gestellte Frage parat.

Ursprünglich sollten nur etwa acht Gemeinden im Modell mitarbeiten; nun haben sich zwanzig Gemeinden gemeldet, die neue Gestaltungsoptionen entwerfen wollen. Bereits mit der ersten Workshopserie wurde eine ganze Reihe von Ideen in die Arbeitskreise gebracht, die sehr intensiv mit den Gemeinden diskutiert werden.

Die **Vorarbeiten für das Modellprojekt** wurden in den letzten Jahren durch einen bei der Wirtschaftsförderung angesiedelten Arbeitskreis geleistet. Die Städte, Märkte und Gemeinden wurden in einer Zukunftswerkstatt im Jahr 2006 und im Rahmen von Bürgermeisterdienstbesprechungen in die Projektplanung einbezogen. Im Sommer 2007 wurden zwölf Themen zur Bearbeitung angeboten. Jede der zwanzig Gemeinden entschied sich dabei für eines der drei gemeinsam ausgewählten Themen.

## Neues Energieportal im Internet

**Im November haben die drei Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries und Günzburg ihr Energieportal im Internet unter der Adresse [www.energie-im-donaual.de](http://www.energie-im-donaual.de) freigeschaltet. Dieses neue Portal baut auf ihr bereits vorhandenes Wirtschaftsportal auf. Beide Systeme sollen voneinander profitieren, Klimaschutz und Wirtschaftsförderung werden zusammen gebracht. Die Landkreise sehen das Energieportal als Ergänzung zum Angebot der persönlichen Energieberatungen.**

### Online Information für Bauherren

Als Online Informationssystem für Bauherren bietet das Energieportal neutrale Informationen zum Thema Gebäudeenergie. Direkte Links unter Förderung/Finanzierung führen zu Förder-

stellen im Energiebereich. Ein eigenes Kapitel informiert über die verschiedenen Möglichkeiten der Energieberatung. Die Angebote und Termine der Landkreis-Beratungen stehen direkt im System. Über das Portal sollen Bauherren und (örtliche) Anbieter schneller zueinander kommen. Unter den Stichworten Berater, Planer und ausführende Betriebe stehen daher die Firmeneinträge im Energieportal. Eine Qualitätsgarantie können die Landkreise als Träger allerdings nicht übernehmen; auch steht jedem Betrieb offen, sich ins System einzutragen.

### Online Plattform für Firmen

Aufgebaut auf dem Wirtschaftsportal der drei Landkreise, können sich neue Berater, Planer und ausführende Betriebe

speziell aus dem Energiebereich mit ihren Angeboten gebührenpflichtig in das Portal eintragen. Betriebe, die bereits im Wirtschaftsportal eingetragen sind, können ihren Eintrag ohne zusätzliche Kosten auf das Energieportal ausweiten. Die örtlichen Handwerker und Betriebe erhalten so ein attraktives zusätzliches Forum, um gezielt für sich zu werben.

#### Kompetenznetzwerk Energie

Konzipierung, Erarbeitung, aber auch Finanzierung des Portals wurden von fast 30 Partnern getragen. In der Zwischenzeit hat sich das Kompetenznetzwerk Energie als stabiles Fundament für eine starke Region entwickelt.



Landrat Theo Zellner und Regionalmanagerin Isabella Bauer freuen sich, dass die Projekte aus dem umfangreichen Katalog umgesetzt werden können.

## Der Landkreis Cham ist Leader-Region

### Weichen für die Förderung 2007 – 2013 gestellt

Die Freude über die Auswahl als Leader-Region ist groß im Landkreis Cham. Landrat Theo Zellner: „Damit haben wir die Weichen für die Umsetzung von Leader-Projekten im Landkreis für den Zeitraum 2007-2013 gestellt.“ Von insgesamt 59 Bewerber-Regionen in Bayern kamen bei der ersten Auswahlrunde 40 zum Zuge, aus der Oberpfalz wurden fünf von zehn Bewerbern ausgewählt, darunter auch der Landkreis Cham. Damit ist nun der Weg frei für die Beantragung von Leader-Fördermitteln. Bay-

ernweit stehen bis 2013 rund 63 Mio. Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung.

Der Landkreis Cham hat im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzeptes bereits einen umfangreichen Projektkatalog aufgestellt, der nun in den nächsten sechs Jahren dank der finanziellen Förderung umgesetzt werden kann. Weit über 100 Bürgerinnen und Bürger haben mitgewirkt und ihre Projektvorschläge eingebracht. Nun geht es für die Pro-

jektträger darum, diese Vorschläge weiter auszuarbeiten und entsprechende Projektanträge zu stellen, was ab April 2008 möglich sein soll. „Die erneute Auswahl des Landkreises Cham als Leader-Region gleich in der ersten Auswahlrunde ist ein Beweis für die erfolgreiche „Mannschaftsarbeit“ im Landkreis Cham“, so Landrat Theo Zellner zum umfangreichen Engagement aller Beteiligten am Regionalen Entwicklungskonzept und an der Leader-Bewerbung.

## Kommunen bieten sich als Einheitliche Ansprechpartner für in- und ausländische Dienstleister an

### EU-Dienstleistungsrichtlinie kann am besten kommunal umgesetzt werden

Anlässlich des offiziellen Auftakts des Deutschland-Online-Projekts zur europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Berlin haben die kommunalen Spitzenverbände die Bereitschaft von Städten, Landkreisen und Gemeinden betont, die Funktion des in der Richtlinie vorgesehenen Einheitlichen Ansprechpartners zu übernehmen. „Die Kommunen stehen den Unternehmen als Ansprechpartner zur Seite und bündeln den größten Teil der bürokratischen Prozesse im Zusammenhang mit der Aufnahme und Ausübung von Gewerbetätigkeiten. Daher ist es nahe liegend, wirtschaftsfreundlich und zudem kostengünstig, die Kommunen mit dieser Aufgabe zu betrauen“, sagten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus, Deutscher Städtetag, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Deutscher Landkreistag, und Dr. Gerd Landsberg, Deutscher Städte- und Gemeindebund. „Die Erteilung von Baugenehmigungen oder etwa die Verbesserung der wirtschaftlichen Umfeldbedingungen, vom Gewerbeflächenmanagement bis zum Einzelhandelskonzept, setzt genaue Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort voraus.“

Bereits jetzt sei die kommunale Ebene in vielen Bereichen Einheitlicher Ansprechpartner im Sinne der Richtli-

Im Dezember 2006 hat die EU die **Dienstleistungsrichtlinie** beschlossen. Darin wurde festgelegt, dass die Mitgliedstaaten sog. **Einheitliche Ansprechpartner** für die Unternehmen bestimmen müssen. Sie sollen zukünftig die Stellen sein, die sowohl inländischen als auch ausländischen Unternehmen Hilfestellung bei den für die Dienstleistungserbringung erforderlichen Verfahren und Formalitäten geben. Ab Ende 2009 soll es über die **Einheitlichen Ansprechpartner** möglich sein, die notwendigen **Verwaltungsverfahren vollständig elektronisch abzuwickeln**. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wurde deshalb in das Projekt **„Deutschland-Online“** eingebettet.

nie. Deshalb seien Städte, Landkreise und Gemeinden als Verfahrenspartner die geeigneten Kontaktstellen für in- und ausländische Unternehmen, wenn diese eine Dienstleistung erbringen wollen. „Schon jetzt wickeln kommunale Stellen die relevanten Genehmigungsverfahren effizient ab. Nur ein Beispiel ist die Gewerbeanmeldung. Hier übermitteln die Kommunen die Daten an Wirtschaftskammern, Immissionsschutzbehörden, die Bundesagen-

tur für Arbeit, Berufsgenossenschaften sowie an das Handelsregister. Bei einer Niederlassung kommen noch Bauaufsicht, Brandschutz, Lebensmittelaufsicht und anderes mehr hinzu“, so Articus, Henneke und Landsberg. Zudem wäre dies auch das kostengünstigste Modell, weil die Kommunen bereits über die erforderlichen Verwaltungskapazitäten verfügen.

Die Hauptgeschäftsführer unterstrichen die Bereitschaft der Kommunen, als Einheitliche Ansprechpartner zu fungieren: „Es liegt in unserem ureigensten Interesse, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in den Kommunen zu verbessern. Nur florierende Firmen schaffen dauerhaft Arbeitsplätze und damit die Grundlage für weiteres Wachstum.“ Städte, Landkreise und Gemeinden engagierten sich seit vielen Jahren über ihre Wirtschaftsförderungseinrichtungen, hätten Behördenlotsen und **sog. One-Stop-Shop-Modelle** eingeführt. Sie berieten Gründungswillige und kümmerten sich um die vielfältigen Bedürfnisse der ansässigen Unternehmen. Gleichwohl halten es die kommunalen Spitzenverbände für sinnvoll, auch mit den Wirtschaftskammern zu kooperieren. „Wichtig ist nur, dass die Verantwortung in kommunaler Hand liegt.“

## Referentenentwurf Erneuerbare Energien im Strombereich

Mit dem Referentenentwurf eines Erneuerbare-Energien-Gesetzes will das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Effektivität und Effizienz des derzeit geltenden Erneuerbare-Energien-Gesetzes weiter erhöhen. Neben den Korrekturen an der Vergütung der verschiedenen Energiequellen soll das bestehende **Energiesystem** so weiter entwickelt werden, dass es dem ansteigenden Anteil fluktuierender erneuerbarer Energien Rechnung trägt

und diese in das Netz integriert werden können. Das neue **Vergütungssystem** stellt sicher, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch entsprechend den politischen Beschlüssen steigen kann.

Die **Treibhausgasemissionen** sollen bis zum Jahre 2020 um 40 % reduziert werden. Dabei spielen die erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle. Der Anteil am Primärenergieverbrauch

soll sich fast verdreifachen, der an der Stromversorgung mehr als verdoppeln. Mittel- bis langfristig sollen die erneuerbaren Energien die Wettbewerbsfähigkeit im Energiebinnenmarkt erreichen. Demnach sind erneuerbaren Energien so zu vergüten, dass sie eine Chance zum Markteintritt und damit zur Substitution herkömmlicher Energieträger haben.

Der Ausbau der **Wasserkraftnutzung** stagniert bei 3,5 % der Stromversorgung,

Um bessere Anreize zu setzen, werden ab 2009 die Vergütungssätze für kleine Anlagen (bis 5 Megawatt) angehoben und die Vergütung an ökologische Kriterien gebunden.

**Strom aus Biomasse** verzeichnet ein dynamisches Wachstum, allerdings steigen auch die Kosten für Rohstoffe, sodass die jährliche Degression zur Verringerung der Nutzungskonkurrenz erhöht wird. Zudem wird der Bonus für Kraftwärmekopplung angehoben und im Gegenzug die Grundvergütung vor allem für große Anlagen gesenkt. Damit sollen effiziente dezentrale Strukturen gestärkt werden.

Die Stromgestehungskosten für **Windenergie** sind seit 1991 um 60 % gesunken.

Um aber die Preissteigerungen bei Stahl und Kupfer aufzufangen, soll die jährliche Degression der Vergütungspreise von 2 auf 1 % abgesenkt werden. Die Entwicklung der Windenergienutzung auf See geht langsamer voran als erwartet. Ein Grund dafür sind die Kosten, die höher ausfallen als bisher angenommen wurde. Daher soll die Anfangsvergütung auf ein mit anderen EU-Ländern vergleichbares Niveau angehoben und im Gegenzug die Endvergütung abgesenkt werden.

Der Ausbau der **Photovoltaik** verlief aufgrund unerwartet hoher Produktionsfortschritte in den vergangenen Jahren sehr zügig. Die Herstellungskosten konnten deutlich gesenkt werden. Daher wird die

jährliche Depression der Vergütungen für neue Anlagen ab 2009 um 2 und ab 2011 um ein weiteres Prozent angehoben.

Durch das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** verteuerte sich die Strombeschaffung der Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2006 um etwa 3,3 Mrd. Euro. Gleichzeitig führte die Einspeisung jedoch zu deutlich sinkenden Stromgroßhandelspreisen, die eine Entlastung in der Größenordnung von 3 bis 5 Mrd. Euro bewirkte. Daneben verringerten sich die **Umwelt- und Klimaschäden** aus konventioneller Stromerzeugung. Diese werden auf etwa 3,4 Mrd. Euro beziffert. Gleichzeitig entfiel ein Import fossiler Brennstoffe in der Größenordnung von etwa 1 Mrd. Euro.

## Deutsch-französisch-polnische Kommunalkonferenz in Warschau

**Im Oktober veranstalteten die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands, Frankreichs und Polens gemeinsam mit der französischen und deutschen Botschaft in Polen, dem polnischen Außenministerium sowie der Wojwodschaft Mazowien eine Konferenz im Rahmen der „Arbeitskreise zur territorialen europäischen Zusammenarbeit“ in Warschau.**

Eine bereits im September 2006 erfolgreich durchgeführte Konferenz zur deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit, dem sog. Weimarer Dreieck, fand in dieser Veranstaltung

ihre Fortsetzung. Ziel der Konferenz war die Erleichterung des Zugangs zu europäischen Förderprogrammen durch Informationsaustausch. Seitens des Deutschen Landkreistags (DLT) nahmen die Landräte Jahn, Hohenlohekreis, und Lindemann, Saarpfalz-Kreis, sowie der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Trumpp, an der Veranstaltung teil.

Während der zweitägigen Veranstaltung hatten die 200 Teilnehmer Gelegenheit, potentielle Partner für Kommunalpartnerschaften kennen zu lernen

oder neue Projektinitiativen im tri- oder multilateralen Rahmen anzustoßen.

Die Veranstaltung leistete einen weiteren gelungenen Beitrag zur Vertiefung des „Weimarer Dreiecks“ auf der kommunalen Ebene. Dies entspricht nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl der bestehenden Kreispartnerschaften zwischen Frankreich, Polen und Deutschland den Interessen und Initiativen der Auslandsarbeit des DLT. Auch die bestehende Verbandspartnerschaft der Landkreistage Deutschlands und Polens konnte so gefestigt werden.

## Landkreise engagieren sich gegen Fremdenfeindlichkeit

### Initiative „Orte der Vielfalt“ ruft Kommunen zur Teilnahme auf

Anlässlich der Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ hat der Deutsche Landkreistag (DLT) das Engagement der Landkreise gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekräftigt. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré, Südwestpfalz, sagte: „Es ist wichtig, ein klares Signal gegen die schleichende Ausbreitung des Rechtsextremismus in unserem Land zu setzen. Die Landkreise

nutzen bereits eine Fülle von Möglichkeiten, angefangen von der Wissensvermittlung in Schulen oder Jugendclubs bis hin zu internationalem Schüleraustausch, Sportförderung oder Streetwork.“ Der kommunale Spitzenverband beteiligt sich an der Initiative und hat zudem unter [www.kreise-für-vielfalt.de](http://www.kreise-für-vielfalt.de) eine eigene Homepage zum Thema freigeschaltet, die einen Überblick über die Aktivitäten der Landkreise bietet.

Mit dem von der Bundesregierung initiierten Projekt „Orte der Vielfalt“ unterstützt der Deutsche Landkreistag das Engagement der demokratischen Kräfte auf kommunaler Ebene zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und ruft Kommunen mit besonderem Engagement dazu auf, sich ab sofort unter [www.orte-der-vielfalt.de](http://www.orte-der-vielfalt.de) an der Kampagne zu beteiligen.

Duppré erläuterte die Bedeutung der Thematik für die Landkreise: „Die Landkreise sehen es als eine ihrer selbstverständlichen Aufgaben an, jeder Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Gerade die Kommunen sind für die Stärkung von Toleranzdenken und Demokratie die geeignete politische Ebene, weil hier die Bürger selbst Verantwortung für die Gestaltung der Lebenswirklichkeit vor Ort übernehmen können. Kommunale Selbstverwaltung eben.“ Insofern stehe ein ernsthafter Umgang mit dieser Problematik ganz oben auf der kommunalen Agenda, um der Verbreitung und Verfestigung rechtsextremistischer Einflüsse wirksam entgegenzuwirken. Rechtsextre-

me Aktionen und Versammlungen seien vor allem und in erster Linie im kommunalen Kontext wahrnehmbar und belasteten das Zusammenleben der Bürger. „Von Fremdenfeindlichkeit sind zudem die Landkreise regional sehr unterschiedlich betroffen, so dass gemäß der konkreten Gegebenheiten entsprechend flexibel agiert werden muss.“

„In ihrer Aufklärungsarbeit können die Landkreise ihre vielfältigen Einflussmöglichkeiten nutzen und etwa in sozialen Einrichtungen Kindern und Jugendlichen das nötige Wissen vermitteln, um sie bereits früh für extremistisches Gedankengut zu sensibilisieren.“ So gesehen handelt es sich vor allem um eine Bildungsaufgabe.

Generell, so Duppré, müsse man der jungen Generation Perspektiven und Chancen eröffnen, um sie zum verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Herkunft und der anderer Menschen zu ermutigen.

Zahlreiche Landkreise präsentieren ihre Aktionspläne, Aktivitäten und Initiativen gegen Rechts auf der eigens für diesen Zweck eingerichteten Homepage. Die dokumentierten Beispiele reichen von Aufklärungsarbeit auf der Straße, in Schulen und in Kinder- und Jugendtreffs über die Bildung lokaler Netzwerke und die Förderung von Vereinsarbeit und ehrenamtlichem Engagement bis hin zu Ausstellungen, Seminaren und Austauschprogrammen.

## Vertrag von Lissabon

Auf dem Treffen des Europäischen Rates am 18./19.10.07 in Lissabon nahmen die Staats- und Regierungschefs den von der Regierungskonferenz erarbeiteten Entwurf für einen Reformvertrag an. Das Vertragswerk wurde am 13.12.2007 als „**Vertrag von Lissabon**“ unterzeichnet. Damit wurde auch das ambitionierte Projekt einer Europäischen Verfassung aufgegeben.

### Wichtige horizontale Änderungen

Das neue Vertragswerk wird aus zwei Verträgen bestehen: Der Vertrag über die Europäische Union - **EU-Vertrag** - wird seinen Titel behalten und nur inhaltlich modifiziert; der bisherige Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft - **EG-Vertrag** - wird in „**Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union**“ - **AEU-Vertrag** - umbenannt. Im gesamten Vertragswerk werden die Begrifflichkeiten „Gemeinschaft“ und „Europäische Gemeinschaft(en)“ durch „Union“ bzw. „Europäische Union“ ersetzt.

### Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament wird von derzeit 785 auf maximal 750 Mitglieder **verkleinert**. Die Mindestzahl an Abgeordneten, die einem Mitgliedstaat zustehen, liegt bei sechs, die Obergrenze bei 96. Für Deutschland, das derzeit von 99 Abgeordneten vertreten wird, ergibt sich somit eine Reduzierung um drei Parlamentssitze.

### Die Europäische Kommission

Für die Kommission wird bis zum 31. Oktober 2014 eine **Übergangsregelung** eingeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht sie aus je einem Staatsangehörigen jedes Mitgliedstaats. Ab dem 1. November 2014 beträgt die Zahl der Kommissionsmitglieder zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten. Bei der derzeitigen Größe der Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten hätte die Kommission somit 18 Mitglieder.

### Europäischer Rat und Präsident des Europäischen Rates

Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Kommission. Der Europäische Rat wählt seinen Präsidenten mit qualifizierter Mehrheit für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren, dieser kann einmal wiedergewählt werden. Der Präsident des Europäischen Rates darf kein einzelstaatliches Amt ausüben.

### Entscheidungsverfahren

Die bisherigen vier Rechtsetzungsverfahren werden auf zwei reduziert. Unterschieden wird das **ordentliche Gesetzgebungsverfahren**, das im Wesentlichen dem **heutigen Mitentscheidungsverfahren** entspricht, und das **besondere Gesetzgebungsverfahren**. **Verordnungen** und **Richtlinien** sind auch im Vertrag von Lissabon die bei-

den wesentlichen **Rechtsinstrumente**, die im Regelfall im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens beschlossen werden. In bestimmten, in den Verträgen vorgesehenen Fällen erfolgt als besonderes Gesetzgebungsverfahren die Annahme eines Rechtsaktes durch das Europäische Parlament mit Beteiligung des Rates oder durch den Rat mit Beteiligung des Europäischen Parlaments.

### Beschlussfassung im Rat mit qualifizierter Mehrheit

Derzeit sind die gewichteten Stimmen nach einem festen Schlüssel auf die Mitgliedstaaten verteilt. Seit dem 1. Januar 2007 und nach der Erweiterung der Union wird die qualifizierte Mehrheit mit 255 von 345 Stimmen und der Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten erreicht. Der Vertrag von Lissabon sieht ab dem 1. November 2014 folgende Regelung vor: Als **qualifizierte Mehrheit** gilt eine Mehrheit von mindestens **55 % der Mitglieder des Rates**, gebildet aus **mindestens 15 Mitgliedern**, sofern die von diesen vertretenen Mitgliedstaaten zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung der Union ausmachen. Für eine Sperrminorität sind mindestens vier Mitglieder des Rates erforderlich.

### Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Der Außenminister, den der EU-Verfas-

sungsvertrag vorsah, konnte sich nicht durchsetzen. Stattdessen wird nun ein „Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ eingerichtet. Der Hohe Vertreter ist **Vorsitzender des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“** und **Vizepräsident der Europäischen Kommission**. Er stützt sich bei seiner Arbeit auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst.

### Grundrechtecharta

Die Charta der Grundrechte wird zwar **nicht direkt** in das **Vertragswerk** aufgenommen. Es wird jedoch in einem Artikel darauf verwiesen, dass die Grundrechtecharta **dieselbe Rechtsverbindlichkeit** hat wie die **Verträge** selbst. Eine Sonderstellung nehmen Polen und das Vereinigte Königreich ein. Dort werden durch die Charta keine einklagbaren Rechte geschaffen, sofern diese nicht im nationalen Recht vorgesehen sind.

### Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts

Aus kommunaler Sicht besonders begrüßenswert ist die explizite Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts: „**Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.**“ Damit kommt der Vertrag von Lissabon erstmals einer Kernforderung der Kommunen nach, die seit langem für eine Überwindung der „Kommunalblindheit“ der bisherigen Verträge plädieren.

### Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Positiv bewertet werden kann auch die Neufassung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.“ Während

das Subsidiaritätsprinzip bislang nur auf das Verhältnis von Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten Anwendung fand, wird es nunmehr auch auf das Verhältnis der Union zu den Kommunen angewendet.

Die genauen Details der **Subsidiaritätskontrolle** werden in einem **Protokoll** über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit geregelt. Demzufolge leitet die Europäische Kommission ihre Entwürfe für Gesetzgebungsakte gleichzeitig dem Unionsgesetzgeber und den nationalen Parlamenten zu. Die **nationalen Parlamente** haben dann innerhalb von acht Wochen die Möglichkeit, im Rahmen einer **begründeten Stellungnahme** darzulegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Erreicht die Anzahl dieser Stellungnahmen mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der Stimmen der nationalen Parlamente, so muss der Entwurf überprüft werden. Der jeweilige Urheber des Rechtsaktes kann nach Abschluss der Überprüfung beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen. Dieser Beschluss muss begründet werden.

Außerdem gilt im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens Folgendes: Erreicht die Anzahl der begründeten Stellungnahmen mindestens eine einfache Mehrheit der Stimmen der nationalen Parlamente, so muss der Vorschlag überprüft werden. Nach Abschluss dieser **Überprüfung** kann die Kommission beschließen, an dem Vorschlag festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen. Entscheidet sich die Kommission, an dem Vorschlag festzuhalten, so hat sie in einer begründeten Stellungnahme darzulegen, weshalb der Vorschlag ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Die begründete Stellungnahme der Kommission wird zusammen mit den begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente dem Unionsgesetzgeber vorgelegt, damit dieser sie im Rahmen des Verfahrens berücksichtigt.

### Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge)

Grundlegend überarbeitet wurde auch der bisherige Art. 16 EG-Vertrag, der die

Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, d.h. die Daseinsvorsorge, zum Gegenstand hat. Der neu gefasste Artikel führt eine **Rechtsetzungskompetenz** für die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ein: „Diese Grundsätze und Bedingungen werden vom Europäischen Parlament und vom Rat durch Verordnungen nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten festgelegt, diese Dienste im Einklang mit den Verträgen zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu finanzieren.“

Aus kommunaler Sicht ist diese neue Rechtsetzungskompetenz **kritisch** zu bewerten, da sie dem Europäischen Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, Fragen der Daseinsvorsorge europaweit einheitlich zu regeln. Vor diesem Hintergrund verliert auch das zugehörige Protokoll über die Dienste von allgemeinem Interesse, dessen Grundaussagen positiv zu beurteilen sind, an Strahlkraft. Betont wird dort unter anderem: „die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zu erbringen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind“. Des Weiteren wird festgehalten, dass die Bestimmungen des Vertragswerks in keiner Weise die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, „nichtwirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse zu erbringen, in Auftrag zu geben und zu organisieren“, berühren.

### Ausschuss der Regionen

Auch der Vertrag von Lissabon billigt dem Ausschuss der Regionen **keinen Organstatus** zu; der Ausschuss bleibt somit eine **beratende Einrichtung** der Union. Dennoch wird seine **Bedeutung aufgewertet**, was sich insbesondere aus dem **Klagerecht** ergibt, das ihm zugewiesen wird, um vor dem Europäischen Gerichtshof Verstöße gegen die Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geltend zu machen. Gemäß dem Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gilt dieses Klagerecht im Hinblick auf alle Gesetzgebungsakte, für deren Erlass die Anhörung

des Ausschusses der Regionen nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgeschrieben ist.

#### Ausblick

Der Vertrag von Lissabon soll bis zu den Europawahlen im Juni 2009 in Kraft getre-

ten sein. Voraussetzung dafür ist, dass er bis zu diesem Zeitpunkt in allen 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wird.

## EU-Kommission präsentiert Arbeitsprogramm für 2008

Zum Jahresende stellt die EU-Kommission in Brüssel ihr so genanntes Arbeitsprogramm des folgenden Kalenderjahres vor. Neben der politischen Hauptaufgabe „Ratifizierung des EU-Reformvertrages“ will die Kommission 2008 Maßnahmen in folgenden Bereichen vorantreiben:

- Wachstum und Beschäftigung,
- „Nachhaltiges Europa“,
- Steuerung der Migration,
- Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt Europas sowie
- die Rolle der EU in der Welt.

Dies deckt sich im übrigen mit der 2005 verabschiedeten strategischen Fünf-Jahres-Planung der EU-Kommission.

#### Kommunalrelevante Themen

Von den insgesamt 162 Initiativen, die die Kommission plant, sind aus kommunaler Sicht insbesondere hervorzuheben:

- jährlicher Fortschrittsbericht zur Lissabon-Strategie,
- Weißbuch zum Klimawandel,
- Überprüfung der Richtlinien zur Energiebesteuerung sowie zur Energieeffizienz von Gebäuden im Rahmen des sog. Energiepakets
- Grünbuch zum Thema „Migration und Bildung“,
- Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik,
- Verordnung zur Bewertung benachteiligter Gebiete,
- Mitteilung zu Maßnahmen gegen den

Forstabbau,

- Mitteilung zur Qualität von Gesundheitsdienstleistungen,
- Grünbuch zu den Gesundheitsberufen in Europa,
- neue Antidiskriminierungsrichtlinie, die erstmals auch Diskriminierungen außerhalb des Arbeitsplatzes erfasst,
- Mitteilung zu Radikalismus und Gewalt,
- Mitteilungen zur Einrechnung der externen Kosten im Verkehrssektor sowie zur „Vergrünung“ des Transportsektors.

Das Arbeitsprogramm 2008 kann im Internet unter [http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm) eingesehen werden.

## Tagung „Alter und Kultur“ im April 2008 in Nürnberg

### Thematik erstmals in Bayern interdisziplinär behandelt

**Die Bevölkerung in Bayern wird immer älter. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 1950 bei 67 Jahren, im Jahr 2050 wird sie voraussichtlich 84 Jahre betragen. Der Prozentsatz der über 65jährigen wird im selben Zeitraum von rund zehn auf nahezu 30 Prozent steigen. Gleichzeitig wird die Bevölkerung schrumpfen und immer multikultureller werden. Dieser demographische Wandel wirft zentrale Fragen auch für alle Bereiche der Kulturarbeit auf.**

Welche Kulturangebote sollen künftig für ältere Menschen konzipiert werden? Wie können ältere Menschen selbst kulturell aktiv werden? Wie steht es um das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen im Kulturbereich? Welche Rolle spielen Generationen übergreifende Projekte oder solche für ältere Migranten? Wie wirkt Kultur im Alter

aus medizinischer Sicht? Ist Kulturarbeit auch in Einrichtungen der Altenhilfe oder in Hospizen möglich?

Die Tagung „Alter und Kultur – Wissenschaft, Praxis, Politik“, die der Verband der bayerischen Bezirke zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege am **10. und 11. April 2008** im Presseclub Nürnberg ausgerichtet, wird Antworten auf diese Fragen geben.

Der Bogen wird von rüstigen und aktiven Senioren ab 65 Jahren bis hin zu denen gespannt, die in Pflegeheimen leben. Der Kulturkonsum in Theater, Oper oder Museen ist ebenso ein Thema wie die eigene kulturelle Aktivität im Alter, die kulturelle Bildung oder das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen. Als eine besondere Zukunftsaufgabe wird die Kulturarbeit mit alten Migranten diskutiert. Die Potentiale des Alters und die

Chancen, die sich für die Kulturarbeit ergeben, werden im Rahmen der Tagung thematisiert und die Herausforderungen für Kultureinrichtungen, für Vereine, Kulturschaffende oder Träger von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe.

Neben Einführungsvorträgen namhafter Fachwissenschaftler wie Professor Ursula Lehr oder Professor Eckart Altenmüller steht eine große Zahl von Praxisbeispielen und Erfahrungsberichten. Vorgestellt wird beispielsweise der Kulturführerschein. Zukunftsweisende Modellprojekte im Spannungsfeld von Kultur- und Sozialarbeit bilden den Abschluss der kostenfreien Tagung.

**Anmeldung bis zum 29. Februar 2008** per Mail ([h.martini@bay-bezirke.de](mailto:h.martini@bay-bezirke.de)) oder über das Internet [www.bay-bezirke.de](http://www.bay-bezirke.de) mit genauem Tagungsprogramm und Rückantwortformular.

## 100 000 Euro für beispielhafte Landnutzung

Nach 2003 und 2005 ruft Landwirtschaftsminister Josef Miller zum dritten Mal zum Wettbewerb „Zukunftsfähige Landnutzung in Bayerns Gemeinden“ auf. Den Siegern winken Preisgelder von insgesamt 100 000 Euro. Bewerben können sich Gemeinden, Städte, Landkreise, Zweckverbände und sonstige Gemeindeverbände, die in den vergangenen drei Jahren zukunftsfähige Landnutzungsprojekte mit Erfolg umgesetzt haben. „Wir wollen besonders gelungene Beispiele prämiieren, bei denen Kommunen mit den Landwirten gemeinsam Konzepte entwickelt haben, um in vernetzten Gebieten eine nachhaltige Landbewirtschaftung sicherzustellen“, sagte der Minister zum Start des Wett-

bewerbs. Ziel sei es, ausgehend von der Landwirtschaft aufzuzeigen, wie eine im weitesten Sinn zukunftsfähige Landnutzung in den Gemeinden entwickelt und eine Offensive für den ländlichen Raum organisiert werden kann.

Neben abgeschlossenen Projekten zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Förderung der Landnutzung durch Regionalvermarktung und Agrotourismus sollen innovative Konzepte in den Bereichen Nachwachsende Rohstoffe, Bioenergie und regionale Nutzung von regenerativen Energien im Vordergrund stehen. Eine Jury aus Vertretern des landwirtschaftlichen und des forstwirtschaftlichen Berufsstands, der

Wissenschaft sowie des Gemeinde- und des Landkreistags wird die eingereichten Projekte nach den Kriterien Modellhaftigkeit, Nachhaltigkeit, Verbesserung der Lebensqualität, Einbindung der Bevölkerung, Auswirkung auf die Umwelt sowie Perspektiven für die Landwirtschaft bewerten.

Noch bis zum 15. März können die Gemeinden ihre Bewerbungsunterlagen bei den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten einreichen. Die Sieger wird der Minister voraussichtlich Ende Juli auszeichnen. Nähere Einzelheiten zum Wettbewerb sind im Internet unter <http://www.stmlf.bayern.de> unter „Aktuelle Themen“ zu finden.



Am 4. Dezember 2007 ist Landrat **Dr. Karl Vogele** vom Landtagspräsidenten Alois Glück die Verfassungsmedaille in Silber verliehen worden. Dr. Karl Vogele ist seit 1988 Landrat des Landkreises Augsburg.

Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u.a. im Präsidium mit. Landrat Dr. Karl Vogele ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, des Bayerischen Verdienstordens und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber. Von 1974 bis 1988 war er Mitglied des Bayerischen Landtags.



Landrat **Dr. Xaver Bittl** feiert am 6. Januar 2008 den 65. Geburtstag. Dr. Xaver Bittl ist seit 1996 Landrat des Landkreises Eichstätt. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u.a. mit im Landes-

ausschuss und ist Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag in der Hauptversammlung der AKDB, im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Deutschen Landkreistags, im Vorstand der Stiftung „Bildungspakt Bayern“, im Aufsichtsrat der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH, im Kom-

munalbeirat der Versicherungskammer Bayern und ist zudem Stellvertreter im Verwaltungsrat der AKDB. Landrat Dr. Xaver Bittl ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Von 1990 bis 1996 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und als dieses auch Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.



Landrat **Manfred Pointner** feiert am 5. Februar 2008 den 65. Geburtstag. Manfred Pointner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Freising. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u.a. mit im

Ausschuss für Gesundheit- und Sozialfragen und im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag als Stellvertreter in der Hauptversammlung der AKDB und im Kulturausschuss des Deutschen Landkreistags.



Kreisrätin **Ruth Bauer** feiert am 21. Januar 2008 den 75. Geburtstag. Ruth Bauer ist seit 1984 Mitglied des Kreistags Kitzingen und seit 1978 Mitglied des Bezirkstags



Landrat **Dr. Günther Denzler** feiert am 26. Februar 2008 den 60. Geburtstag. Dr. Günther Denzler ist seit 1996 Landrat des Landkreises Bamberg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er

u.a. mit im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen und vertritt diesen im Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands. Dr. Günther Denzler ist seit 1994 Bezirksrat und seit 2002 Präsident des Bezirkstags Oberfranken.



Kreisrat und Erster Bürgermeister **Gerd Bischoff** feiert am 18. März 2008 den 65. Geburtstag. Gerd Bischoff ist seit 1978 Erster Bürgermeister der Stadt Immenstadt im Allgäu und Mitglied des Kreistags Oberallgäu. Seit 1996

*ist er Mitglied im Präsidium des Bayerischen Landkreistags. Gerd Bischoff ist Träger der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber.*

\* \* \*

**Korrektur:**

Kreisrat Johann Schwaiger, Landkreis Ebersberg, feierte am 26.11.2007 den 50. Geburtstag

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im **Januar, Februar, März** und **April** 2008 Geburtstag:

**Oberbayern**

**Januar**

Im Landkreis Berchtesgadener Land wird Kreisrat Johann Datzmann aus Ramsau am 24.1.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Roderich Zauscher, Landkreis Dachau, feiert am 14.1.2008 den 65. Geburtstag. Kreisrat Ludwig Wittmann aus Lenting im Landkreis Eichstätt wird am 22.1.2008 60 Jahre alt.

Am 13.1.2008 feiert Kreisrat Klaus Stallmeister aus Hallbergmoos im Landkreis Freising den 60. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Adolf Widmann aus Reichertshausen im Landkreis Freising am 30.1.2008.

Kreisrätin Renate Hornung, Landkreis Fürstenfeldbruck, wird am 29.1.2008 70 Jahre alt.

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen feiert Kreisrat und Altbürgermeister Sylvester Eichberger aus Seehausen a. Staffelsee am 19.1.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrätin Ulrike Beck, Landkreis München, wird am 28.1.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Karl Eder aus Baar-Ebenhausen im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm feiert am 21.1.2008 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat und 1. Bürgermeister Richard Schnell aus Priel im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm am 18.1.2008.

Am 13.1.2008 wird Kreisrätin Maria Lengenleicher aus den Landkreis Weilheim-Schongau 50 Jahre alt.

**Februar**

Kreisrat Martin Esterl aus dem Landkreis Ebersberg wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Eichstätt feiert Kreisrat Johann Bauernfeind aus Titting am 7.2.2008 das 60. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrätin Johanna Bittl aus Dollnstein im Landkreis Eichstätt am 24.2.2008.

Ebenfalls im Landkreis Eichstätt wird Kreisrat Konrad Liepold aus Dollnstein am 24.2.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Martin Runge, MdL, aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck wird am 15.2.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Fürstenfeldbruck vollendet Kreisrat Josef Drexler am 22.2.2008 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Peter Imminger aus Oberau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen feiert am 11.2.2008 den 50. Geburtstag

Im Landkreis Miesbach wird Kreisrat Herbert Fischhaber aus Bad Wiessee am 2.2.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen feiert Kreisrat Dr. Helmut Eikam aus Schrobenhausen am 24.2.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Sebastian Dinauer aus Ernsgaden im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm wird am 26.2.2008 70 Jahre alt.

Im Landkreis Starnberg vollendet Kreisrat Helmut Wagner am 26.2.2008 das 65. Lebensjahr.

Kreisrat Sebastian Röckenwagner aus Fridolfing im Landkreis Traunstein wird am 12.2.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Weilheim-Schongau feiert Kreisrat Rudolf Marquardt am 2.2.2008 den 70. Geburtstag.

**März**

Am 11.3.2008 wird Kreisrätin Moni-

ka Spies aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Rudolf Schaupp aus Berchtesgaden im Landkreis Berchtesgadener Land am 31.3.2008.

Kreisrat Klaus Schöffel aus dem Landkreis Ebersberg wird am 2.3.2008 70 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Josef Funk aus Buxheim im Landkreis Eichstätt am 28.3.2008.

Im Landkreis Erding wird Kreisrat und 1. Bürgermeister Josef Sterr aus Dorfen am 5.3.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Josef Riemensberger aus Eching im Landkreis Freising wird am 8.3.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Ludger Goppel aus Wallgau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen vollendet am 19.3.2008 das 70. Lebensjahr.

Kreisrat und Bürgermeister Ottmar Mayr aus Penzing im Landkreis Landsberg a. Lech wird am 29.3.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Horst Rössler aus Aresing im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen feiert am 16.3.2008 den 65. Geburtstag.

Ebenfalls das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und 1. Bürgermeister Rudi Fahn aus Vohburg a.d. Donau, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, am 6.3.2008.

Am 19.3.2008 wird Kreisrat und 1. Bürgermeister Josef Alter aus Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm 65 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Franz Wittmann aus Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm am 21.3.2008.

Kreisrat Willi Geistanger aus Siegsdorf im Landkreis Traunstein feiert am 16.3.2008 den 50. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Maria Scharbert aus Kirchanschöring im Landkreis Traunstein am 3.3.2008.

Ebenfalls im Landkreis Traunstein wird Kreisrat Peter Holzner aus Traunreut am 19.3.2008 81 Jahre alt.

Kreisrat Helmut Schmidbauer, Landkreis Weilheim-Schongau, wird am 19.3.2008 65 Jahre alt.

## April

Im Landkreis Altötting feiert Kreisrat Christoph Unterhuber aus Burghausen am 28.4.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Gerhard Knill aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen wird am 13.4.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen feiert Kreisrätin Dr. Gabriele Stauner am 22.4.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Dachau wird Kreisrätin Marese Hoffmann am 21.4.2008 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Widmann, Landkreis Ebersberg, am 4.4.2008.

Am 23.4.2008 wird Kreisrat Prof. Dr. Jürgen Vocke aus dem Landkreis Ebersberg 65 Jahre alt.

Kreisrätin Hildegard Schiesterl aus Gaimersheim im Landkreis Eichstätt wird am 10.4.2008 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Jürgen Patschky aus Dorfen im Landkreis Erding am 6.4.2008.

Ebenfalls im Landkreis Erding wird Kreisrat Dr. Reinhard Kubo aus Moosinning am 23.4.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Georg Els aus Forstern im Landkreis Erding feiert am 27.4.2008 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Freising feiert Kreisrat Johann Schweiger aus Moosburg am 5.4.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrat und Oberbürgermeister Dieter Thalhammer aus Freising im gleichnamigen Landkreis wird am 18.4.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wird Kreisrat und Altbürgermeister

Rudolf Schedler aus Bad Kohlgrub am 24.4.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Georg Kleeblatt aus Oberlaindern im Landkreis Miesbach feiert am 16.4.2008 den 70. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Miesbach wird Kreisrat Richard Kölbl aus Kreuth am 29.4.2008 75 Jahre alt.

Kreisrat Günter Rosenberger aus Mühlendorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis feiert am 25.4.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Hans Mayr aus Neuburg a.d. Donau im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wird am 3.4.2008 50 Jahre alt

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Josef Plöckl aus Schrobenhausen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen am 13.4.2008.

Kreisrätin Lotte Daniel aus Rohrbach im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm feiert am 7.4.2008 den 70. Geburtstag.

## Niederbayern

### Januar

Im Landkreis Kelheim wird Kreisrat Karl Zettl aus Neustadt/Donau am 15.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Passau feiert Kreisrat Fritz Pflugbeil aus Haarbach am 7.1.2008 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Passau vollendet Kreisrat Max Brandl aus Büchlberg am 24.1.2008 das 70. Lebensjahr.

Im Landkreis Rottal-Inn wird Kreisrat Hans Schimpfhauser am 22.1.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Paul Vöth aus dem Landkreis Rottal-Inn feiert am 23.1.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrätin und stellvertretende Landrätin Christa Heisinger aus Steinach im Landkreis Straubing-Bogen wird am 26.1.2008 65 Jahre alt.

### Februar

Im Landkreis Deggendorf wird Kreisrat

Günther Stadler am 4.2.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Josef Brunner aus Landau a.d. Isar/Oberframing im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 2.2.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Hans Steiner aus Abensberg im Landkreis Kelheim feiert am 8.2.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat und Landrat a.D. Rudolf Faltermeier aus Kelheim im gleichnamigen Lk. wird am 12.2.2008 82 Jahre alt.

Im Landkreis Passau feiert Kreisrat Franz Silbereisen aus Vilshofen a.d. Donau am 8.2.2008 den 65. Geburtstag.

Am 28.2.2008 wird Kreisrat Konrad Kobler, MdL, aus Ruderting im Landkreis Passau 65 Jahre alt.

Kreisrat Ernst Hinsken, MdB, aus Haibach im Landkreis Straubing-Bogen feiert am 5.2.2008 den 65. Geburtstag.

## März

Kreisrat Alois Kern aus Eichendorf/Aufhausen im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 24.3.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Dingolfing-Landau feiert Kreisrat Johann Esterl aus Landau a.d. Isar am 13.3.2008 den 65. Geburtstag.

Am 27.3.2008 wird Kreisrat und Bürgermeister Reiner Schachtner aus Loiching im Landkreis Dingolfing-Landau 65 Jahre alt.

Kreisrat Max Haugeneder aus Grainet im Landkreis Freyung-Grafenau feiert am 4.3.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Landshut wird Kreisrat und Bürgermeister Arno Wolf aus Pfeffenhausen am 8.3.2008 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Landshut feiert Kreisrat Georg Kammerer aus Geisenhausen am 16.3.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Franz Enthofer aus Kößlarn im Landkreis Passau wird am 1.3.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Regen vollendet Kreisrat

Josef Brunner aus Ruhmannsfelden am 4.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Michael Schmelmer aus Drachselsried im Landkreis Regen wird am 25.3.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Gerd Peschke aus Hunderdorf im Landkreis Straubing-Bogen vollendet am 25.3.2008 das 70. Lebensjahr.

## April

Kreisrat und Bürgermeister Josef Daffner aus Niederviehbach im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 14.4.2008 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Paula Rieger aus Bad Abbach im Landkreis Kelheim am 12.4.2008.

## Oberpfalz

### Januar

Kreisrat und 1. Bürgermeister Willibald Kessler aus Lupburg im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. wird am 2.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Regensburg feiert Kreisrat Max Kolb am 11.1.2008 den 50. Geburtstag.

Am 30.1.2008 wird Kreisrat Bruno Schleinkofer, Landkreis Regensburg, 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Reinhard Erös, Landkreis Regensburg, am 4.1.2008.

Kreisrat Michael Ebnet aus Schönsee im Landkreis Schwandorf wird am 29.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Tirschenreuth feiert Kreisrat Kurt Scharf aus Kernath am 22.1.2008 den 50. Geburtstag.

### Februar

Im Landkreis Amberg-Regenburg wird Kreisrat Werner Cermak aus Kümmersbruck-Theuern am 1.2.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Dagobert Knott, Landkreis Regensburg, feiert am 24.2.2008 den 60. Geburtstag.

Das 80. Lebensjahr vollendet Kreisrat Leo Graß, Landkreis Regensburg, am 17.2.2008.

Kreisrat Arnold Kimmerl aus Pfreimd im Landkreis Schwandorf wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Schwandorf feiert Kreisrätin Margot Weber aus Neunburg v. Wald am 14.2.2008 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Rainer Fischer aus Waldsassen im Landkreis Tirschenreuth am 22.2.2008.

## März

Kreisrat Karl Roppert aus Ensdorf im Landkreis Amberg-Regenburg wird am 16.3.2008 60 Jahre alt.

Am 18.3.2008 wird Kreisrätin Roswitha Hubmann aus Hahnbach-Iber, Landkreis Amberg-Regenburg, 65 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Lahner, Landkreis Neumarkt i.d. OPf. am 5.3.2008.

Kreisrätin Dagmar Mittelmeier aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab wird am 12.3.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Michael Drindl aus dem Landkreis Regensburg feiert am 12.3.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Schwandorf feiert Kreisrat Georg Pfannenstein aus Pfreimd am 4.3.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Franz Kühn aus Tirschenreuth im gleichnamigen Landkreis wird am 27.3.2008 60 Jahre alt.

## April

Kreisrat Sepp Falk aus Hirschau im Landkreis Amberg-Regenburg wird am 10.4.2008 50 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Rösch aus Hirschau im Landkreis Amberg-Regenburg am 17.4.2008.

Ebenfalls im Landkreis Amberg-Regenburg wird Kreisrat Dr. Ibrahim Gamal aus Sulzbach-Rosenberg am 21.4.2008 75 Jahre alt.

Kreisrat Helmut Jobst aus dem Landkreis Neumarkt i.d. OPf. feiert am 8.4.2008 den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab wird Kreisrat Josef Neubauer am 18.4.2008 60 Jahre alt.

## Oberfranken

### Januar

Kreisrätin Anna Brütting aus dem Landkreis Bayreuth wird am 5.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Forchheim feiert Kreisrat Paul Pöhlmann aus Wiesenttal am 9.1.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrat Willi Koska aus Konradsreuth im Landkreis Hof feiert am 20.1.2008 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmuth Breitenfelder aus dem Landkreis Kulmbach am 4.1.2008.

Am 8.1.2008 wird Kreisrat Dieter Hekkel, Landkreis Kulmbach, 70 Jahre alt.

Kreisrätin und Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder aus Marktredwitz, Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, feiert am 22.1.2008 den 60. Geburtstag.

### Februar

Kreisrat Erich Pöhlmann aus Oberkotzau im Landkreis Hof wird am 12.2.2008 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Ingrid Steinhäuser aus Kronach im gleichnamigen Landkreis am 14.2.2008.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Alfred Schaden aus Tettau im Landkreis Kronach wird am 18.2.2008 65 Jahre alt.

## März

Kreisrat Heinrich Wiesneth aus Pommersfelden im Landkreis Bamberg wird am 9.3.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Baptist Göller aus Burgebrach im Landkreis Bamberg feiert am 15.3.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Bayreuth vollendet Kreisrat Günther Vogel aus Speichersdorf am 11.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Am 19.3.2008 wird Kreisrat Hannsjürgen Lommer aus Naila im Landkreis Hof 70 Jahre alt.

Kreisrätin Irene Schramm aus Selbitz im Landkreis Hof feiert am 26.3.2008 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Hof wird Kreisrat Hagen Rothmund aus Rehau am 30.3.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Klaus Zahner aus dem Landkreis Kulmbach feiert am 24.3.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Hans Peter Marx aus Burgkunstadt im Landkreis Lichtenfels vollendet am 12.3.2008 das 50. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat und Oberbürgermeister Wolfgang Kreil aus Selb im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge am 29.3.2008.

## April

Im Landkreis Coburg wird Kreisrat Hermann Lankl aus Weitraisdorf am 29.4.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Wilhelm Schmitt aus Neunkirchen a. Brand im Landkreis Forchheim feiert am 16.4.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrätin Jutta Laczó aus Tettau im Landkreis Kronach wird am 8.4.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Kulmbach wird Kreisrätin Cosima Asen am 14.4.2008 60 Jahre alt.

## Mittelfranken

### Januar

Kreisrat Horst Bell aus Heilsbronn im Landkreis Ansbach feiert am 5.1.2008 den 65. Geburtstag.

Am 20.1.2008 wird Kreisrat Hans Holtdonner aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt 60 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat

Robert Mirschberger aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt am 27.1.2008.

Kreisrat Werner Nickel aus Zirndorf im Landkreis Fürth wird am 17.1.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Fürth feiert Ingrid Wendler-Aufrecht aus Obermichelbach am 24.1.2008 den 60. Geburtstag.

### Februar

Kreisrat Jorg Zehnder aus Heilsbronn im Landkreis Ansbach wird am 24.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Fürth feiert Kreisrat Wilhelm Bogner aus Oberasbach am 3.2.2008 den 75. Geburtstag.

Kreisrat Lorenz Mechs aus Dachsbach im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim wird am 4.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Roth feiert Kreisrat Hermann Krämer aus Heideck am 14.2.2008 den 70. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Roth vollendet Kreisrat Johann Schwab aus Abenberg am 15.2.2008 das 65. Lebensjahr.

Am 8.2.2008 feiert Kreisrat Diethelm Schoen aus Gunzenhausen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen den 75. Geburtstag.

### März

Kreisrat Berthold Östreicher aus Roßtal im Landkreis Fürth wird am 30.3.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Fürth wird Kreisrat Ernst Ixmeier aus Zirndorf am 16.3.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Hans-Ludwig Eschenbacher, Landkreis Nürnberger Land, feiert am 20.3.2008 den 65. Geburtstag.

### April

Kreisrat Andreas Stark, Landkreis Erlangen-Höchstadt, wird am 7.4.2008 70 Jahre alt.

Am 4.4.2008 feiert Kreisrat Andreas Kögel aus dem Landkreis Nürnberger Land den 65. Geburtstag.

Kreisrat Werner Baum aus Treuchtlingen, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, wird am 13.4.2008 50 Jahre alt.

## Unterfranken

### Januar

Im Landkreis Aschaffenburg wird Kreisrätin Christiane Fenn am 27.1.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Erich Geßner aus Zeil a. Main, Landkreis Haßberge, feiert am 1.1.2008 den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Kitzingen feiert Kreisrätin Dorothea Vay aus Dettelbach am 6.1.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Siegfried Selinger, Landkreis Main-Spessart, wird am 9.1.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Manfred Dietz aus Bastheim im Landkreis Rhön-Grabfeld vollendet am 11.1.2008 das 60. Lebensjahr.

### Februar

Kreisrat Alfred Schrenk aus Wildflecken im Landkreis Bad Kissingen wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Werner Thein aus Maroldsweisach am 19.2.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Rudi Eck aus Haßfurt im Landkreis Haßberge wird am 20.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Erwin Ries am 14.2.2008 den 81. Geburtstag.

Kreisrätin Angelika Wilimsky aus Bad Königshofen i. Gr. wird am 2.2.2008 60 Jahre alt.

### März

Kreisrat Dieter Maiberger, Landkreis Aschaffenburg, wird am 3.3.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Emil Däschner aus Ebelsbach am 7.3.2008 den 75. Geburtstag.

Im Landkreis Haßberge wird Kreis-

rat Rainer Marquardt aus Haßfurt am 19.3.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Karl Andreas Schlier aus Volkach im Landkreis Kitzingen feiert am 7.3.2008 den 75. Geburtstag.

Am 10.3.2008 vollendet Kreisrat Franz Schüßler im Landkreis Main-Spessart den 50. Geburtstag.

Kreisrat und stellvertretender Landrat und Altbürgermeister Hermann-Josef Eck aus Bürgstadt im Landkreis Miltenberg wird am 6.3.2008 70 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Monika Schuck aus Leidersbach im Landkreis Miltenberg am 18.3.2008.

Kreisrat Erich Stappel aus Wörth a. Main im Landkreis Miltenberg wird am 21.3.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat Berthold Rüth, MdL, aus Eschau im Landkreis Miltenberg feiert am 28.3.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Siglinde Fröhlich aus Bastheim im Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 7.3.2008 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Jörg Fliegauß aus Bad Königshofen i. Gr. im Landkreis Rhön-Grabfeld am 25.3.2008.

Kreisrat und stellvertretender Landrat Heinrich Freiherr von Zobel, Ochsenfurt-Darstadt, aus dem Landkreis Würzburg wird am 5.3.2008 50 Jahre alt.

## April

Kreisrätin Linda Plappert-Metz aus dem Landkreis Main-Spessart wird am 7.4.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Michael Günther aus Eschau im Landkreis Miltenberg vollendet am 4.4.2008 das 50. Lebensjahr.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Georg Lierheimer aus Bad Neustadt a.d. Saale im Landkreis Rhön-Grabfeld am 17.4.2008.

Kreisrat Herbert Zeidler aus Randersacker im Landkreis Würzburg feiert am 1.4.2008 den 60. Geburtstag.

Am 4.4.2008 wird Kreisrätin Annemarie Oechsner aus Ochsenfurt im Landkreis Würzburg 65 Jahre alt.

## Schwaben

### Januar

Kreisrat Hans-Dieter Kandler aus dem Landkreis Aichach-Friedberg wird am 5.1.2008 50 Jahre alt.

Am 5.1.2008 feiert Kreisrat Franz Knaus aus Dillingen a.d. Donau im gleichnamigen Landkreis den 65. Geburtstag.

Kreisrat Richard Ambs, Landkreis Neu-Ulm, feiert am 27.1.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Ostallgäu vollendet Kreisrat Franz Greif aus Buchloe am 13.1.2008 das 70. Lebensjahr.

Kreisrätin Gabriela Merk aus Boos im Landkreis Unterallgäu wird am 18.1.2008 50 Jahre alt.

### Februar

Kreisrätin Annemarie Finkel aus Dinkelscherben/Fleinhausen im Landkreis Augsburg wird am 10.2.2008 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Gabriele Huber aus Schwabmünchen im Landkreis Augsburg am 9.2.2008.

Kreisrätin Ursula Bammert aus Offingen im Landkreis Günzburg wird am 6.2.2008 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Günzburg feiert Kreisrat Gerhard Hartmann aus Leipheim am 12.2.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Alois Alt, Landkreis Neu-Ulm, wird am 7.2.2008 75 Jahre alt.

Kreisrätin Elisabeth Weyhmüller, Landkreis Neu-Ulm, vollendet am 20.2.2008 das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Ostallgäu feiert Kreisrat Franz Unsinn aus Görisried am 26.2.2008 den 75. Geburtstag.

### März

Kreisrat Rupert Reitberger aus dem

Landkreis Aichach-Friedberg wird am 3.3.2008 70 Jahre alt.

Im Landkreis Augsburg feiert Kreisrat Robert Steppich aus Zusmarshausen/Wollbach am 8.3.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Josef Fackler aus dem Landkreis Neu-Ulm wird am 16.3.2008 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neu-Ulm feiert Kreisrat Franz Ihle am 17.3.2008 den 75. Geburtstag.

Kreisrat Hugo Wirthensohn aus Altusried im Landkreis Oberallgäu wird am 20.3.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Alois Hofer aus Kaltental-Aufkirch im Landkreis Ostallgäu wird am 13.3.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Franz Herb aus Rückholz im Landkreis Ostallgäu vollendet am 29.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Im Landkreis Unterallgäu wird Kreisrat Roland Demmeler aus Boos am 17.3.2008 75 Jahre alt.

## April

Kreisrat Hansjörg Krazeisen aus dem Landkreis Aichach-Friedberg wird am 15.4.2008 65 Jahre alt.

Am 20.4.2008 feiert Kreisrat und Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl aus Dillingen a.d. Donau im gleichnamigen Landkreis den 65. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Wolfgang Weber aus Leipheim im Landkreis Günzburg am 21.4.2008.

Kreisrat und 1. Bürgermeister Michael Mayer aus Röfingen im Landkreis Günzburg vollendet am 28.4.2008 das 65. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Stefan Schramm aus Lindenberg i. Allgäu im Landkreis Lindau am 28.4.2008.

Kreisrätin Doris Scheuerl aus Hergatz im Landkreis Lindau wird am 15.4.2008 70 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Kaiser aus dem Landkreis Neu-Ulm am 24.4.2008.